

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 6

Gründungs-Commissar  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. Nur Postbest.  
Zustellung bei allen Postämtern

Berlin, den 6. Februar 1927

Verlagshaus Berlin G. 2, Neuer Markt 12-14  
Korrespondenz-Adressen  
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

43. Jahrgang

## Der Reichstarif für die Kartonnagenindustrie verlängert!

Der Vorstand des Zentralverbandes Deutscher Kartonnagenfabrikanten hatte den derzeitigen Lohnstarif zum 31. Januar gekündigt. Seine Absicht war, einen Lohnabbau von 10 Proz. vorzunehmen. Da auch der Reichsmantelstarif am 31. Januar kündigunglos zum Ablauf kam, benutzte der Unternehmerverband die Gelegenheit zur Kündigung des Lohnstarifs, um zugleich auch die Verlängerung des Mantelstarifs über den 31. Januar hinaus für uns in seiner gegenwärtigen Fassung nicht in Frage kommen. Das bedeutete zugleich auch die Antündigung von Verschlechterungsanträgen zum Mantelvertrag. Auf einer solchen Grundlage zu verhandeln mußte ein schweres Stück Arbeit werden. Die Verhandlungen über beide Gegenstände wurden für den 23. Januar und folgende Tage nach Erfurt angelegt. Die hierbei vorliegenden Anträge der beiden Parteien gingen außerordentlich weit auseinander. Die Unternehmer versuchten, eine zum Teil sehr wesentliche Veränderung des Mantelvertrages zu ihren Gunsten durchzuführen. Unsere Anträge bewegten sich nach der gegenteiligen Seite, ihr Ziel war, in einer Reihe für die Arbeiterschaft besonders wichtiger Bestimmungen zeitgemäße und notwendige Verbesserungen durchzuführen.

### Die Anträge der Unternehmer.

Nach den Anträgen der Unternehmer sollte die Ziffer 8 des Vertrages gestrichen werden. Die Antündigung der Verkürzung der Arbeitszeit auf Grund der Ziffer 9 des Vertrages sollte für die Folge nicht zwangsläufig zwei Tage vorher erfolgen, sondern nur „möglichst“. Der erhöhte Zeitlohn für Akkordarbeiter, der bisher nach Ziffer 17 des Vertrages auf die Dauer von fünf Wochen bezahlt wird, sollte für die Folgezeit nur zwei Wochen lang bezahlt werden. Das Verbot der Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern im Alter von 14 bis 16 Jahren, sowie von Arbeiterinnen allgemein an Biegemaschinen mit mehr als 80 Zentimeter Stauchlänge mit Fußbetrieb sollte aufgehoben werden (Ziffer 21). Zu Ziffer 31 verlangten die Unternehmer die Aufhebung des Zuschlags von 50 Proz. für diejenige Ueberstundenarbeit, die an Werktagen deswegen mehr als 10 Stunden gefesselt wird, wenn die am Sonnabend regelmäßig ausfallende Arbeitszeit auf die übrigen Wochentage verteilt ist. In bezug auf die Ferienbestimmungen sollte eine Vereinheitlichung an Biegemaschinen erfolgen insofern durchgeführt werden, daß die längere Feriendauer für die Arbeiterschaft in Städten mit über 30 000 Einwohnern beseitigt wird. Die Ferienzeit sollte ausnahmslos nach der Staffel bemessen sein, die im Tarif für Städte mit unter 30 000 Einwohnern vorgegeben ist. Die Ferienbezahlung wollten die Unternehmer ebenfalls wesentlich einschränken dadurch, daß sie nicht mehr wie bisher für

die übliche 48stündige Arbeitszeit berechnet würde. Sie wollten der Berechnung eine durchschnittliche Arbeitsstundenzahl von 2400 pro Jahr zugrunde legen. Soweit dann im Jahre vor der Ferien-gewährung kurz gearbeitet worden ist, sollte auch die Bezahlung der Ferien entsprechend getürzt werden. Die Ziffer 44 im Vertrag, die die sogenannten besseren Bestimmungen für die Feiertagsbezahlung regelt, wollten die Unternehmer ebenfalls beseitigt wissen. Nach Ziffer 74 erhielten seither sämtliche Maschinenarbeiterinnen einen Lohnzuschlag von 7 Proz. Die Unternehmer verlangten, daß erstens nur diejenigen Arbeiterinnen, die im Zeitlohn arbeiten, einen Lohnzuschlag erhalten, und daß zweitens dieser Zuschlag von 7 auf 4 Proz. getürzt würde. Im Arbeitszeitabkommen wollten sie den prozentualen Zuschlag beseitigt wissen. Dann verlangten die Unternehmer eine weitere Verschlechterung in der Entlohnung für Hilfsarbeiter, Facharbeiterinnen und Hilfsarbeiterinnen dadurch, daß deren prozentualer Anteil am Spitzenlohn der Facharbeiter auf 80, 60 resp. 47 Proz. herabgesetzt wird. Auch für die Oristasseneinteilung hatten sie eine Reihe Änderungen beantragt, nach der erst Orte für die Folge eine geringere Entlohnung haben sollten.

### Unsere Anträge.

Diesen Abbauanträgen der Unternehmer standen die Verbesserungsanträge unseres Verbandes gegenüber. Nach diesen sollte in Ziffer 2 des Vertrages zum Ausdruck gebracht werden, daß Verzögerungen einzelner Arbeiter und Arbeiterinnen oder Gruppen von diesen auf Forderungen aus dem Tarifvertrag, gleichgültig, ob sie stillschweigend erfolgen oder schriftlich abgegeben sind, nichtig und rechtsunwirksam sind. Das Magerrecht sollte außerdem den Tarifparteien selbst gegenüber einzelnen Tarifangehörigen zustehen. Weiter wurde verlangt, das Arbeitszeitabkommen aufzuheben. Für die am fließenden Band beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sollten nach je 45 Minuten Arbeitszeit eine bezahlte Pause von 15 Minuten eintreten (Ziffer 6). In Ziffer 13 sollte das Verbot der Prämienzahlung ausgesprochen werden. Die gleiche Ziffer sollte dahin ergänzt werden, daß bei Akkordarbeit die Wartezeit auf Zuschnitt, die Wartezeit wegen unbrauchbarem Klebstoff, wegen schlecht geheizten oder schlecht ventilierten Räumen, wegen Maschinenstellen usw. nach dem durchschnittlichen Akkordverdienst einschließlic 10 Proz. zu vergüten ist. Der gleiche Zuschlag sollte gezahlt werden bei Ausfall von Arbeitszeit infolge Materialtransports oder infolge Mängel, die im Werkzeug oder Material begründet sind. Ziffer 14 sollte dahin ergänzt werden, daß bei Teilnahme am Begräbnis von Familienangehörigen, sowie bei plötzlicher Erkrankung oder Unfall der Arbeitstag voll bezahlt wird. In Ziffer 15 sollte die Differenzierung nach Orten von unter und über 50 000 Einwohnern in Fortfall kommen und allgemein die ganze Dauer der Verminderung auf vier Stunden beschränkt werden. Der Ziffer 21 sollte abgetilgt werden, daß an Maschinen, die ohne Kraft

und stehend mit dem Fuß betrieben werden, Arbeiterinnen überhaupt nicht und Arbeiter nur dann beschäftigt werden, wenn sie über 17 Jahre alt sind. An mit Kraft betriebenen Maschinen sollte die Arbeit für Arbeiterinnen unter 18 Jahre verboten sein. Ferner sollte die Akkordarbeit an Maschinen für unzulässig erklärt werden und als Maschinensteller nur Buchbinder oder Kartonnagenarbeiter beschäftigt werden. Das in Ziffer 23 festgehaltene Akkordlohn von 10 resp. 15 Proz. sollte auf 20 resp. 25 Proz. erhöht werden. Der Schlussatz in Ziffer 23 sollte eine Modernisierung erfahren dadurch, daß die Befähigung eines Durchschnittsarbeitnehmers dann als erbracht angesehen werden kann, wenn bei anderer Arbeit oder in anderen gleichartigen Betrieben der Akkorddurchschnittsverdienst erreicht wurde. Durch einen besonderen Antrag wurde verlangt, die Nacht resp. Schichtarbeit in bestimmterer Form zu regeln. Im Abs. 2 der Ziffer 30 sollte das Einverständnis der Arbeiter mit Ueberstunden ergänzt werden durch Kenntnissgabe an die gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft. Der prozentuale Zuschlag für Ueberstunden sollte erhöht werden. In Ziffer 32 sollte der letzte Satz gestrichen werden. Die in den Ziffern 33 und 34 festgelegten Prozentzuschläge wurden zu verdoppeln beantragt. Ein weiterer Antrag verlangte die Bezahlung der in Ziffer 35 vorgegebenen Pause. In bezug auf die Ferienbezahlung wurde verlangt, daß nicht die Betriebszugehörigkeit, sondern die Berufstätigkeit bei der Ferienbemessung als Grundlage zu dienen habe. Im übrigen wurde eine Erweiterung der seitherigen Ferien verlangt, dahingehend, daß für alle Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kartonnagenindustrie nach dem ersten Jahre 4 Arbeitstage, nach dem zweiten Jahre 6 Tage, nach dem dritten Jahre 8 Tage, nach dem vierten Jahre 10 Tage, nach dem fünften Jahre 11 Tage und nach dem achten Jahre 12 Tage gegeben werden. Unter Aufhebung von Ziffer 43 und 44 des Vertrages (Feiertage) wurde generell verlangt, daß alle gesetzlichen und vom Geschäft angeordneten Feiertage bezahlt werden. Ein weiterer Antrag verlangte zu Ziffer 53, daß die seitherige Staffel für Feinkartonnagenbetriebe Geltung haben soll für alle Betriebe, mit Ausnahme der Rohkartonnagen, denen das Halten von Lehrlingen verboten sein sollte. Die Ziffer 55 (Lehrlingsentlohnung) sollte dahin abgeändert werden, daß die derzeitige Empfehlung zu einem Zwang umgewandelt wird und außerdem sollten die in Ziffer 55 festgelegten Prozentsätze erhöht werden. Der Spezialarbeiterzuschlag (Ziffer 66) sollte auf 10 Pf. erhöht werden. Neu aufgenommen in das Spezialarbeiterverzeichnis sollten werden: Zuschnneider an Schweißschneidemaschinen. In Ziffer 67 sollten die letzten drei Staffeln in Fortfall kommen. An deren Stelle sollten zwei neue Staffeln treten, die die Gruppen im Alter von „21 bis 24 Jahre“ sowie „über 24 Jahre“ enthalten sollen. Für Ziffer 70 wurde eine klarere Fassung und auch eine Erweiterung der für Facharbeiterinnen geltenden Gruppen beantragt. Für die in Ziffer 72 vorgegebenen 5 Proz. sollten für die Folge 5 Pf. gezahlt werden. In Ziffer 73 sollte die letzte Staffel gestrichen werden. Der in Ziffer 74 vorgegebene Lohnzuschlag für Maschinenarbeiterinnen sollte eine Erhöhung auf 10 Proz. erfahren. Die Ziffer 75 wurde zu streichen beantragt. Ferner wurde verlangt, daß der Errechnungsschlüssel für die Lohnsätze der einzelnen Arbeiter- und Arbeiterinnengruppen

nicht unbeträchtlich verbessert wird. In bezug auf das Ortsklassenverzeichnis waren ebenfalls eine Reihe Änderungen beantragt, die das Auf-rücken von 14 Orten in eine höhere Ortsklasse zum Ziel hatten.

### Die Generaldebatte.

Zu Beginn der Verhandlungen bezeichnete der Sprecher der Unternehmer, Herr Marschall-Chemnitz, die gestellten Anträge als außerordentlich umfangreich und von einschneidender Bedeutung. Die damit verbundene Belastung der Betriebe sei für diese untragbar, und darum seien die Unternehmer diese Anträge als undiskutabel an. Das sei zwar ein hartes, aber durchaus gerechtes Urteil. Die gegenwärtige Belastung der Betriebe sei so enorm, daß mit aller Kraft versucht werden müsse, alle Spesen abzubauen. Nicht nur das Diktat des Feinbundes, sondern auch Steuern und Lohnbelastung machen die Betriebe unrentabel. An den schlechten Geschäftsabläufen trage diese Belastung die Hauptschuld. Darum müsse das Bestreben der Unternehmer dahin gehen, alle diese unproduktiven Ausgaben abzubauen.

Im Gegensatz zu diesen Bestrebungen der Unternehmer fordert die Arbeiterschaft jetzt eine weitere gewaltige Belastung, die sich auf ungefähr 25 Proz. des Lohnes stelle. Damit erfahre die Lohnsumme eine Erhöhung um etwa 40 bis 45 Proz. Diese Erhöhung bedinge es, daß die Unternehmer nur mit großem Widerstreben an die Verhandlungen herangegangen seien. Besonders eigenartig berühre die Forderung auf Erweiterung der Ferien. Durch die Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit habe die Arbeiterschaft doch gerade genug freie Zeit! Gegenüber diesen Arbeiterforderungen nehmen sich die Forderungen der Unternehmer geradezu — harmlos und bescheiden aus. Sie würden darum alles versuchen, diese ihre Wünsche unbedingt durchzuführen. Der Mantelvertrag bringe den Unternehmungen in seiner jetzigen Form außerordentliche Schwierigkeiten. Ihn weiter zu bestehen zu lassen, sei fast unmöglich. Darum sei es der feste Wille der Unternehmer, einen neuen Mantelvertrag nur dann abzuschließen, wenn er im Sinne der Anträge der Unternehmer gestaltet wird. Ein Zugeständnis an die Arbeiterschaft in irgendeiner Form sei ganz ausgeschlossen. Er würde es darum begrüßen, wenn sich die Verhandlungsteilnehmer auf der Basis finden würden, die Anträge der Arbeiterschaft als nicht gestellt anzusehen. Dabei müsse er schon sagen, daß diese Haltung der Unternehmer diktiert werde nicht von dem Gefühl, daß sie die Wünsche der Arbeiterschaft nicht verstehen wollten, sondern von der Ueberzeugung, daß sie deren Wünsche nicht erfüllen könnten. Die Stimmung unter den Unternehmern im Reich sei für ihre Organisation eine geradezu furchtbare, und eine Erweiterung des Mantelvertrages im Sinne der Anträge der Arbeiterschaft fände nirgendwo Verständnis. Zahllose Zuschriften an die Leitung des Unternehmerverbandes besagen, daß auch nicht ein Mitglied für eine weitere Belastung zu haben sei. Darum müsse er gleich einleitend erklären, daß es der feste und unumstößliche Wille der Unternehmer sei, den Mantelvertrag in der jetzigen Form nicht mehr bestehen zu lassen. Bei allen früheren Verhandlungen habe die Arbeiterschaft immer einen Gewinn nach Hause getragen. Diese Zeiten seien nunmehr endgültig vorbei. Heute sei das Stichwort: „Abbau aller Spesen unter allen Umständen“.

In der Antwort des Sprechers unseres Tarifausschusses wurde diese einleitende Erklärung, als ein Schlüssel bezeichnet, mit dem Verhandlungen, wie die heutigen, nicht eröffnet werden dürften. Wer sich mit der Gegenseite an den Verhandlungstisch setzt, darf nicht von vornherein einseitig diktieren. Dazu braucht man Verhandlungen nicht. Es habe den Anschein, daß die Unternehmer keinerlei Neigung für einen Neuabschluss zeigen, wenn nicht alle Anträge der Unternehmer angenommen würden. Dazu sei mit der gleichen Präzision zu erklären, daß auf einer solchen Grundlage nicht verhandelt werden kann. Die Arbeiterschaft wird sich ein Diktat der Unternehmer unter keinen Umständen gefallen lassen. Sie wird auch kein Verständnis dafür haben, daß die Unternehmer ihre Lohnabbauforderung von 10 Proz. als harmlos hinstellen. Es kommt dabei nicht nur

der jetzt geplante Abbau in Frage, sondern man müsse auch den im Vorjahr bereits durchgeführten mit in Rechnung stellen. Das würde dann bedeuten, daß seit dem letzten Abschluß des Mantelvertrages ein Lohnabbau von 11 Pf. pro Stunde durchgeführt werde. Es gehört schon eine sehr große Naivität dazu, einen solchen Abbau bei dem an sich völlig ungenügenden Lohn in der Kartonnagenindustrie als harmlos zu bezeichnen. Die Auffassung der Vertretung der Arbeiterschaft sei einmütig die, daß die Unternehmerforderungen bei Beachtung der Lage der Arbeiterschaft in der Kartonnagenindustrie völlig unüberlegt aufgestellt seien. Die unentennbare Absicht der Unternehmer ist, die Einbuße der Betriebe möglichst rasch und restlos auf Kosten der Arbeiterschaft wieder hereinzubringen und die gewöhnliche Kapitalneubildung lediglich auf Kosten des Arbeitslohnes durchzuführen. Das sei aber ein falscher Weg, der dahin führen müsse, daß beide Teile, Betrieb und Arbeiterschaft, darunter leiden müssen. Die Kapitalneubildung könne nur auf Grund einer erheblich erweiterten Konsumkraft der breiten Masse durch bessere Entlohnung vor sich gehen. Die derzeitigen, im Verhältnis zum Bedarf erbärmlichen Löhne haben die Konsumkraft der Arbeiterschaft gewaltig geschwächt. Auch sei es falsch, wenn die Unternehmer glauben, sich in erster Linie auf den Export stützen zu sollen. Heute sei vielmehr das Gebot der Stunde, den Inlandabsatz zu heben. Nur wenn die Masse des Volkes wieder konsumfähig werde, dann könne auch die Wirtschaft wieder in Gang kommen. Heute ist mehr als je das Wort richtig: „Hat der Arbeiter Geld, dann hat's die ganze Welt.“ Die Vertretung der Arbeiterschaft lebt ganz gewiß nicht in dem Glauben, daß ihre Anträge restlos angenommen werden, doch habe sie die feste Ueberzeugung, daß der seit herige Mantelvertrag unter allen Umständen verbessert werden müsse. Auch die Unternehmer können den Glauben nicht haben, daß ihre Anträge restlos zur Annahme kommen, und es scheint, daß sie hinter ihren starken Worten etwas zu verbergen suchen. Darum darf nicht von vornherein gesagt werden, daß die Anträge der Arbeiterschaft undistutabel seien, man müsse sich zunächst einmal bemühen, über diese Anträge zu beraten.

### Weitere Reden und Gegengreden.

In der Replik auf diese Ausführungen wurde von einem Unternehmer behauptet, daß es falsch sei, anzunehmen, die Kapitalneubildung solle nur auf Kosten der Löhne bewirkt werden. Außerdem sei es nicht richtig, den Kartonnagerlohn als so sehr schlecht hinzustellen, denn er marschiere in den meisten Orten mit an der Spitze. Doch auch für die Kartonnagenindustrie gelte eine Grenze und diese sei bereits heute überschritten. Es bleibe darum das Bestreben der Unternehmer, in die der Kartonnagenindustrie gezogene Grenze zurückzuführen. Ein anderer Unternehmervertreter betonte, daß es ein Irrtum sei, zu sagen, der Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten wolle anscheinend keinen Reichstaxi mehr tätigen. Wichtig sei, daß die Bestimmungen des Tarifes nicht immer und dauernd auf Kosten der Unternehmer abgeändert werden können.

Die Rede von der Hebung der Kaufkraft sei nichts anderes, als nur ein modernes Schlagwort.

Diese Hebung der Kaufkraft könne auch nicht durch hohe Löhne herbeigeführt werden, denn jede Lohnaufbesserung habe notwendigerweise eine Preissteigerung zur Folge. Die einzige Industrie, bei der eine Preissteigerung nicht möglich ist, sei die Kartonnagenindustrie. Nach der Auffassung dieses Unternehmers kann die Kaufkraft nur gehoben werden durch eine Verbilligung der Produkte. Der Kartonnagerlohn sei heute schon sehr viel höher, als ihn die Industrie tragen könne. Das zeigt die Arbeiterschaft selbst, denn die in der Kartonnagenindustrie beschäftigten Arbeiterinnen

kleiden sich heute sehr viel eleganter als früher. Heute könne man selten eine Arbeiterin ohne gelbene Strümpfe sehen.

Im weiteren Verlauf der Generaldebatte wurde dann von unseren Vertretern auf Einzelheiten der Unternehmerforderungen sowohl, als auch auf unsere Anträge eingegangen. Mit besonderem Nachdruck wurde darauf verwiesen, daß die Unternehmer nicht nur einen direkten Lohnabbau fordern, sondern daß sie auch bestrebt sind, durch eine Änderung der Ortsklassen einen weiteren Druck auf einen

Teil der Arbeiterschaft auszuüben. Diese Anträge auf Änderung der Ortsklassen stammten in den wenigsten Fällen von den davon betroffenen Unternehmern selbst. Der Krebschaden in der Kartonnagenindustrie sei das gegenseitige gewaltige Unterbieten durch die Kartonnagenfabrikanten. Das Verhalten der Unternehmer leuchtete Endes darauf hinaus, ihre eigenen Konkurrenten durch Einreihung in niedrigere Ortsklassen zu schützen. Diese völlig falsche Einstellung bedinge, daß die Preise gedrückt würden und als notwendige Folge dann auch ein erheblicher Lohndruck komme. Ein weiterer Mangelstand in der Kartonnagenindustrie ist, daß unsere Betriebe in der Mehrzahl der Fälle keine Kinderstellen darstellen. Die Unternehmer bemühen sich alljährlich, eine große Anzahl der Schule eben erwachsener junger Mädchen als Hilfsarbeiterinnen einzustellen, die dann, wenn sie ein gewisses Alter und damit auch einen höheren Lohn erreicht haben, in der Regel wieder entlassen werden. Es mag richtig sein, daß einzelnen Arbeitern und Arbeiterinnen zum Teil annehmbare Löhne gezahlt werden, aber das Gros der in den Betrieben Beschäftigten wird dafür um so erbärmlicher entlohnt. Die Empörung der Arbeiterschaft in der Kartonnagenindustrie über die Entlohnung sei groß. Es würde keinen Augenblick daran gezweifelt, daß sich in der Mehrzahl der Kartonnagenorte unsere Mitglieber den Lohn holen werden, den sie haben müssen, wenn es nicht zu einem neuen Abschluß des Tarifes kommen würde. Der Arbeiterschaft ist es an sich gleichgültig, ob der Lohn gesteigert wird oder ob die Preise gesenkt werden, ihr kommt es nur darauf an,

für den Ertrag ihrer Arbeitskraft das Laufen zu können, was sie zum Leben haben muß.

Mit den Preisenkungen haben wir schlechte Erfahrungen gemacht. Die verunglückte Preisenkungsaktion der Luther-Regierung leitete, statt die Preise zu senken, 500 Millionen in die Tasche der Industrie. Die Rationalisierung auch in der Kartonnagenindustrie habe alle materiellen Vorteile, die dabei herausgeprelpten sind, in die Tasche der Unternehmer geleitet.

Auf diese Darlegungen gab ein Unternehmervertreter zu, daß der Hinweis auf die gewaltigen Unterbietungen durch Preisfleuderei durch-aus mit Recht gemacht werde. Die Unternehmer selbst haben sich schon häufig mit der Frage beschäftigt, wie diesem Uebelstand abgeholfen werden könne, und es sei eigenartig, daß gerade die Scheudereijuristen die höchsten Löhne zahlen. Weiter behauptet er, daß die Kartonnagerlöhne nicht schlecht sein könnten, denn die Betriebe verzeichneten einen großen Zulauf an Arbeitskräften. Den Hinweis auf die gewaltige Arbeitslosigkeit ignorierte er dabei. Die Kartonnagenindustrie habe seit Jahresfrist einen Preisabbau von zirka 20 bis 30 Proz. durchgeführt. Wenn heute die neue Lohnforderung von 15 Proz. mit dem Hinweis auf die Steigerung der Wohnungsmieten begründet werde, dann sei dazu zu sagen, daß die Mietsteigerung unmöglich auf einmal 30 Proz. betragen werde. Zweifellos werden diese Erhöhungen in mehreren Etappen durchgeführt. Die Unternehmer müßten es jedoch ablehnen, heute schon eine Lohnerhöhung zuzugestehen auf Grund der kommenden Mietsteigerung. Früher habe man öfters solche Wechsel auf die Zukunft gegeben, das seit heute aber nicht mehr möglich ist.

### Ein Zwischenspiel.

Im Verlauf der Generaldebatte unternahm es unser Vertreter aus dem Frankfurter Bezirk, auf Erscheinungen im Unternehmerlager aufmerksam zu machen, die bis zu einem gewissen Grade die Möglichkeit zu Preisfleudereien verständlich erscheinen ließen. Kollege Reiz-Frankfurt verwies darauf, daß sich die Unternehmer durch die Preisfleudereien das Leben selbst mehr als notwendig schwer machen. Von welchem Geiste einzelne Unternehmer befeht sind, zeigte er an dem Beispiel der Firma Schade in Frankfurt a. M., die sich seit Anfang des Jahres 1926 des fortgesetzten Tarifbruchs schuldig machte.

Zunächst hatte diese Firma das Personal gezwungen, durch Namensunterschrift auf 10 Proz. ihres Tariflohnes zu verzichten.

Wer diese Unterschrift nicht leisten wollte, wurde unter Androhung der Entlassung zur Anerkennung dieses Verzichtes auf den Tariflohn ge-

zwungen. Ein Einspruch gegen dieses Verhalten der Firma Schade wurde mit der Bemerkung abgelehnt, daß die Firma der angebotenen Klage mit Ruhe entgegenstehe. Darauf wurde beim örtlichen Tarifschiedsgericht gegen die Firma Schade Klage erhoben. Diese Klage wurde bei dem ersten Vorsitzenden des Frankfurter Schiedsgerichts eingereicht mit dem Ersuchen, sie an den zweiten Vorsitzenden weiterzugeben. Der erste Vorsitzende ist nämlich der Inhaber der Firma Schade. Eine Antwort ist uns bis heute noch nicht geworden. Einen Versuch, Namen und Adresse des zweiten Vorsitzenden zu ermitteln, scheiterte, da keine der maßgebenden Mitglieder der Frankfurter Fabrikantenvereinigung wissen wollte, wer erster oder zweiter Vorsitzender des örtlichen Schiedsgerichts sei. Eine Klage beim Frankfurter Arbeitsgericht wurde abschlägig beschieden, da die Firma Schade nicht nur den generellen Verzicht auf den Tariflohn verlangt hatte,

**fordern sich außerdem noch an jedem Lohnstag unterschriftlich die Richtigkeit des gezahlten Lohnes bescheinigen ließ.**

Daraufhin wurde eine Kollegienveranlassung, diese besondere Unterschrift zu verweigern. Die Folge war die sofortige Kündigung mit den Worten: „Wenn Sie nicht unterschreiben, müssen Sie entlassen werden.“ Außerdem erkundigte sich die Firma Schade nach der Arbeitsstelle des Vaters der Betroffenen, wahrscheinlich zu dem Zweck, um auf dem Umweg über dessen Arbeitgeber einen weiteren Druck auf die Arbeiterin auszuüben.

Von anderer Seite aus dem Kreise unseres Tarifauschusses wurde darauf aufmerksam gemacht, daß ein großer Teil der Schuld an den unheimlichen Verhältnissen in der Kartonnagenindustrie der Geschäftsführung des Zentralverbandes Deutscher Kartonnagenfabrikanten zuzuschreiben sei. Bei dem Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung des letzten Lohnabkommens hatte die Firma Schade in Frankfurt, obwohl ihr Inhaber Mitglied der Tarifkommission der Unternehmer ist, im Namen des Bezirksverbandes Frankfurt a. M. gegen die Allgemeinverbindlichkeit Einspruch erhoben und die Geschäftsleitung des Unternehmerverbandes hat diesen Einspruch vor der Reichsarbeitsverwaltung vertreten.

Diesen Zuständen gegenüber erklärte der Leiter der Verhandlungen, daß die untertarifliche Entlohnung bei der Firma Schade auch den Unternehmern bekannt sei.

**Es sei alles versucht worden, in dieser Angelegenheit mit der Firma Schade zu intervenieren, doch seien alle Bemühungen vergebens gewesen.**

Die Art der Maßnahmen der Firma Schade seien in ihren Einzelheiten dem Unternehmerverband jedoch nicht bekannt gewesen. Ein anderer Unternehmervertreter erklärte, daß die Firma Schade kein Recht habe, zu sagen: aus Not dürfe sie unmoralisch handeln. Der anwesende Vertreter der Firma Schade (Dr. Hech) erklärte, daß seine Firma den Lohnabbau nicht leichten Herzens verfügt habe, da er selbst ja den Tarif mit aufgebaut habe. Die Firma habe ihre Preise um 25 bis 30 Proz. abbauen müssen. Bei einzelnen Artikeln sei dann nochmals ein Preisabschlag um weitere 30 Proz. eingetreten. Er habe den Eindruck, daß die Arbeiterschaft seinen Betrieb ruinieren wolle. Doch die Aufrechterhaltung des eigenen Betriebes sei ihm wichtiger als die Meinung der Gegenseite. Er verwies ferner unter Namensnennung auf die Konkurrenz einiger Großbetriebe. Daß er an jedem Lohnstag nochmals die besondere Unterschrift der bei ihm beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen verlange, geschehe, um die Firma vor Lohnnachforderungen zu sichern. Im übrigen jammerte er zum Steinerweichen über die Notlage seines Betriebes. Wenn diese nicht anerkannt werde, stelle er gern seine Bücher zur Einsicht zur Verfügung.

Von einem unserer Vertreter wurde wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Haltung der Firma Schade geändert werden müsse. „Mich zwingt die Not“, sind Redensarten, die jeder führen kann.

**Alle diejenigen, die sich an den Verhandlungen beteiligen und die am Abschluß eines Vertrages mitwirken, haben den Vertrag in erster Linie zu halten.**

Die Firma Schade hat jedoch ausdrücklich erklärt, daß sie ihr Verhalten nicht ändern wolle. Es sei

dabei außergewöhnlich bemerkenswert, daß die übrigen Unternehmer zu diesen Erklärungen der Firma Schade nichts zu sagen wissen. Man könne es darum der Arbeiterschaft nicht verdenken, wenn sie das gleiche Recht und die gleiche Freiheit für sich in Anspruch nehme. Wenn Treue und Glauben bei den Vertragsparteien nicht verloren gehen soll, dann müssen die Unternehmer uns mitgehen, die Zustände bei der Firma Schade zu befeitigen. Das eigene Interesse muß die tariftreuen Unternehmer zwingen, gegen die Firma Schade mit uns Stellung zu nehmen. Es ist ein durchaus berechtigtes Verlangen, daß der Unternehmerverband die Firma Schade zur Tariftreue zwingt.

**Der weitere Verlauf der Generaldebatte**

bewegte sich zum größten Teil in der Erörterung einzelner der beiderseitig gestellten Anträge. Ein Unternehmervertreter glaubte den Eindruck haben zu dürfen, daß unser Verband die Einführung neuer Maschinen hemmen wolle. Nach seiner Ansicht würde es dem größten Teil der Unternehmer wohlher sein, wenn er die komplizierten Kartonnagenmaschinen nicht kennengelernt hätte. Diese Maschinen verhängen außergewöhnlich viel Geld und erforderten gewaltige Abschreibungen. Die Lebensdauer der kompliziertesten Maschinen dürfe höchstens auf drei Jahre geschätzt werden. Auch dadurch würden die Betriebe in starkem Maße belastet, und man dürfe nicht durch außergewöhnlich hohe Forderungen die Existenz der Betriebe untergraben. Die Maschinenarbeiterinnen könnten nicht noch höher entlohnt werden, da sonst die Maschinenanlagen unrentabel würden. Gute Arbeitskräfte würden sowieso schon über Tarif entlohnt.

Zum Schluß der Generaldebatte wurde den Unternehmern nachdrücklich zu Gemüte geführt, daß keiner der Arbeitervertreter irgendwelche Verschlechterungen des Vertrages in den Kauf nehmen würde.

**Von unseren sämtlichen Reichstarktarifverträgen ist der Kartonnagervertrag der schlechteste.**

und mit allem Recht verlangt unsere Kollegenschaft im Reiche eine Gleichstellung mit den übrigen Verträgen. Es ist übertrieben, zu sagen, die Kartonnagenbetriebe seien materiell überlastet. Gewiss ist die Lage eines Teiles nicht allzu rosig, aber der maßgebende Teil ist gut gestellt, während es der Arbeiterschaft außerordentlich schlecht geht. Deshalb dürfe nicht davon geredet werden, daß die Anträge der Arbeiterschaft undiskutabel seien. Die Forderungen sind erhoben in der Erwägung, daß der Vertrag eventuell auf längere Dauer abgeschlossen werden könne.

**Kommissionsberatungen.**

Nach Abschluß der Generaldebatte wurden zwei Kommissionen gebildet, von denen die eine die zum Mantelvertrag vorliegenden Anträge, die andere die Lohnfrage näher erörtern sollten. Diese beiden Kommissionen verhandelten einen vollen Tag über die vorliegenden Anträge, ohne zu einem Resultat zu kommen. Ebenso bestimmt, wie von unseren Vertretern alle Anträge auf Verschlechterung abgelehnt wurden, ebenso geschlossen lehnten die Unternehmer unsere Verbesserungsanträge ab. Dabei gab es eine ganze Reihe der ernsthaftesten Zusammenstöße der Parteien. Im einzelnen kam auch bei dieser Spezialberatung zum Ausdruck, daß es den Unternehmern an guten Willen mangelte, einen Druck auf ihre Mitglieder zur Einhaltung des Tarifes auszuüben. So wurde zum Beispiel der Antrag, der Verzichtserklärungen der Arbeiterschaft auf Forderungen aus dem Tarifvertrag für rechtmäßig erklären wollte, von den Unternehmern abgelehnt mit der Begründung, daß damit nur eine völlig einseitige Bindung der Unternehmenseite herbeigeführt werde. Ein anderer Unternehmer verlangte sogar als Gegenleistung die volle Entschädigungspflicht unseres Verbandes für alle Schäden, die auch einzelne Arbeiter anrichteten.

Ein besonderer Vorstoß wurde von unseren Vertretern unternommen, um das Arbeitszeitabkommen zu befeitigen. Trotz sehr langer Debatte waren die Unternehmer nicht zu bewegen, auf dieses besondere Abkommen zu verzichten. Einzelne von ihnen glaubten, ohne das Arbeitszeitabkommen überhaupt nicht mehr leben zu können und bestritten, daß die gegenwärtige starke Arbeitslosigkeit in der

Kartonnagenindustrie durch die Aufhebung des Arbeitszeitabkommens auch nur im geringsten eingeschränkt werde. Es mache den Unternehmern durchaus keinen Spaß, mehr wie acht Stunden arbeiten zu lassen, denn diese Mehrarbeit bringe ebenfalls eine Belastung der Betriebe. Jedoch das Vorarbeiten einzelner Gruppen, um anderen Gruppen den Fortgang der Arbeit zu sichern, zwingt oft zur Benützung der Mehrarbeit. Einer der Unternehmer verstieg sich zu der dunklen Behauptung, daß die „gute“ Bezahlung, die unser Verband erstrebe, erst das Proletariat schaffe. Die Behandlung des Antrages zu Ziffer 6 des Vertrages, der für Arbeiter und Arbeiterinnen am stehenden Band nach 45 Minuten Arbeitszeit eine bezahlte Pause von 15 Minuten verlangte, veranlaßte ausgerechnet einen Berliner Unternehmer wieder einmal zu dem etwas abgebrauchten Hinweis auf die Mädchen in seidenen Strümpfen, die man in den besten Kinos auf den besten Plätzen finden könne. Ein anderer Vertreter meint sogar,

**die körperliche Arbeit in der Kartonnagenindustrie ersetze das Menschliden.**

Auch die Frage der Prämienzahlung war Gegenstand längerer Erörterung. Die Verteidiger dieses unmoralischen Lohnsystems hielten die Prämienzahlung für eine Beteiligung der Arbeiter am Gewinn! In dieser Art wurden stundenlang über fast alle eingereichten Anträge geredet, ohne daß ein positives Ergebnis zu erzielen gewesen wäre.

In der Zwischenzeit hatte sich auch die Lohnkommission mit der ihr zugewiesenen Aufgabe beschäftigt. Doch auch hier war trotz stundenlanger Rede und Gegenrede ein Näherkommen der Parteien nicht zu erkennen. Diese Kommissionsberatungen nahmen den ganzen zweiten Verhandlungstag in Anspruch. Am Abend dieses Tages war die Unmöglichkeit zu einer Verständigung auch nur über den geringsten Antrag klar zu erkennen, und die Parteien trennten sich an diesem Tage mit der Absicht, in gefonderten Beratungen nochmals zur ganzen Sachlage Stellung zu nehmen. Im Verlauf dieser Sonderberatungen wurden dann zur Ueberbrückung der Nacht die verschiedensten Vorschläge gemacht, bis dann am Abend des dritten Verhandlungstages eine Verständigung erreicht wurde, nach der der Mantelvertrag bis zum 31. Januar 1929, das Arbeitszeitabkommen bis zum 31. Dezember 1927 und der feitherige Lohn tarif in der gegenwärtigen Höhe bis zum 28. April 1927 verlängert wurde.

Zum Schluß bringen wir das schriftlich festgehaltene

**Protokoll der Verhandlungen:**

Zwischen den nachstehenden Organisationen

1. dem Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten e. B. einerseits und 1. dem Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands,

2. dem Graphischen Zentralverband andererseits

ist nachstehender Vertrag abgeschlossen worden:

I. Der bisherige Reichsmanteltarifvertrag für die Kartonnagenindustrie wird bis 31. Januar 1929 verlängert.

II. Das gegenwärtige Zusatzabkommen zu Ziffer 3 des Manteltarifs über Arbeitszeit wird bis zum 31. Dezember 1927 verlängert.

III. Die Ziffer 74 des Manteltarifs, wonach die Maschinenarbeiterinnen einen Lohnzuschlag von 7 Proz. erhalten, bleibt bestehen und ist nachprüfbar ab 1. Oktober 1927.

IV. Der bisherige Lohn tarif wird in der gegenwärtigen Höhe bis zum 28. April 1927 verlängert.

V. Die Entscheidung über die Stellung der Provinzen Ober- und Niederhessen sowie der Amtshauptmannschaften Annaberg und Marienberg zum Reichstarif bleibt wie bisher der Entscheidung der Reichsarbeitsverwaltung überlassen.

VI. Das Ortsklassenverzeichnis bleibt mit den folgenden Maßgaben unverändert:

- a) Salzfusen kommt nach 4 mit Stern,  
b) die Entscheidung über die Ortsklasseneinteilung für Saalfeld, Halle und Seiffenhensdorf bleibt offen und wird den Vorständen zur Regelung überwiesen.

VII. In den Ferienbestimmungen Ziff. 38 ff. des Manteltarifs tritt keine Änderung ein.

VIII. Die Lohnregelung für Barmen und Elberfeld wird bis auf weiteres örtlich vorgenommen.

IX. Die Anwendung der Entscheidung des Oberschiedsgerichts vom November 1925 auf Ziff. 70 des Manteltarifs bleibt offen und soll bis zum 1. April 1927 geregelt werden.

X. Die redaktionelle neue Fassung der bisherigen Bestimmungen über Nachtarbeit in diesem neuen Manteltarif wird im Wege gegenseitiger Vereinbarung festgelegt werden.

XI. Desgleichen werden noch weitere Verhandlungen über den Antrag 31 des Buchbinderverbandes zur Geschäftsordnung für das Oberschiedsgericht stattfinden.

XII. Das für die Errechnung des Lohn-tarifcs vereinbarte Lohnschema wird im neuen Reichsmanteltarif mit abgedruckt werden.

Erfurt, 25. Januar 1927.

Unterschriften.

### Entscheidungen zu unsern Reichstarifverträgen.

#### „Apl“-Reichstarif.

Das bis zum 28. Februar gültige Lohnabkommen ist bis zum 13. April unverändert verlängert worden.

#### Reichstarif für die Buchdrucker-Buchbinder.

Das bis zum 28. Februar 1927 gültige Lohnabkommen sowohl, als auch der bis zum gleichen Tage laufende Reichsmanteltarif ist bis zum 31. März unverändert verlängert worden.

### Zur Frage der Arbeitslosenunterstützung und der Beitragserhöhung.

Dieses Thema ist ein heikles Kapitel und doch so wichtig, daß man darüber diskutieren muß. Es wird dem Verbandsvorstand und den Beiratsmitgliedern schon oft manche Kopfschmerzen verursacht haben. Aber auch den Funktionären in der Provinz wird es ebenso ergangen sein. Schreiber dieses ist schon einige Jahre mit tätig und hat im Interesse der Sache mit anderen Mitgliedern die Not der Ausgesteuerten zu bannen versucht. Probleme tauchen auf und verschwinden, zum Teil, weil sie nicht brauchbar sind. Andere sind wieder von hohen idealen Kulturgebanten getragen, aber erfordern wieder ein großes Maß von Solidaritätsgefühl auf der Seite derer, die die Mittel aufzubringen haben. Daß der Verbandsvorstand und die Beiratsmitglieder in der harten Zeit eine etwas diktatorische Haltung einnehmen, ist — als Führer und Berater — ihre heilige Pflicht. Der Verbandsvorstand ist doch dem Verbandstage verantwortlich, und nicht bloß jenen, die kritisieren. Obwohl natürlich jedes Mitglied zur Kritik berechtigt ist. Der Kollege r. zieht die statutarischen Register. Gewiß ist das Statut eine Verfassung. Es ist kein gutes Recht, aber mit Verlaub, wir haben die Pflicht, das Problem der Ausgesteuerten zu studieren. Ich achte also die Ausführungen des Kollegen r. Nur wäre mir sehr erwünscht, zu wissen, aus welcher Zahlstelle der Artikelschreiber stammt. Ich bin der Meinung, daß mit den Vorschlägen des Verbandsvorstandes nicht vorwärts zu kommen ist. Wohlwollende: hohe sittliche Gefühle und Verantwortlichkeit sprechen daraus. Doch auch für Beitragserhöhung bin ich persönlich. Aber, ob es zurzeit klug sein mag, vom allgemeinen Standpunkt aus betrachtet, bezweifle ich sehr. Wir müssen uns selbstverständlich daran gewöhnen, ohne viel zu sprechen, auch 50 Pf. und mehr vorübergehend im Interesse unserer

## Du und der Unorganisierte.

Vor etwa einem Jahr sagte ein Pforzheimer Unternehmerrundtisch anlässlich einer Lohnverhandlung im Schlichtungsausschuß wörtlich: „... Ist die Gewerkschaft stark, dann werden wir Ihre Wünsche erfüllen müssen. Ist sie schwach, dann muß sich die Arbeiterschaft mit dem abfinden, was wir ihr geben...“

Die Unorganisierten sind die Hemmtlöge des Aufstiegs. Diese Tatsache wird in den gewerkschaftlichen Kämpfen um unsere wirtschaftliche Besserstellung sehr bitter empfunden. Das Heer der Unorganisierten schwächt unsere Schlagkraft ungeheuer. Wenn ein Teil der Errungenschaften der Revolution der Arbeiterschaft wieder verloren gegangen sind, dann tragen nicht zuletzt die Unorganisierten die Schuld daran. Die Unorganisierten dienen der Reaktion. Sie sind die Außenseiter der Arbeiterklasse. Die Unorganisierten sind daher eine dauernde Gefahr für die nach Licht und Sonne ringenden, für die um ihre Befreiung aus der kapitalistischen Knechtschaft kämpfenden Kollegen und Kolleginnen.

Dies haben unsere Mitglieder klar zu erkennen. Wir dürfen daher nicht müde werden, zu versuchen, den Nichtorganisierten zum Verbandsmitglied zu machen. Er ist aus seiner Passivität aufzurütteln. Täglich, stündlich muß dies unsere Aufgabe sein. Und diese Tätigkeit kann uns nicht schwer fallen, da wir doch mit dem Unorganisierten im Betrieb beisammen sind. Er muß unausgesetzt von uns bearbeitet werden so lange, bis er einer der Unrigen geworden ist.

Zeigt sich aber der Unorganisierte allen unseren Bemühungen unzugänglich, will er nicht dem Verbandsbeitreten, dann müssen wir andere Maßnahmen ergreifen. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns. Mit dem Kollegen, mit der Kollegin, die jedes proletarische Klassenbewußtsein verleugnen, sich gegen unsere Interessen stellen, mit denen können wir keine

Gemeinschaft mehr haben. Er ist unseres gesellschaftlichen Verkehrs nicht mehr würdig.

Welche Haltung nehmen wir aber zu den Unorganisierten dieser Art ein?

Er wird in keiner Weise von den organisierten Kollegen geschnitten. Man achtet kaum darauf. Trotz seines unkollegialen Verhaltens wird er im gesellschaftlichen Verkehr als voll genommen. Ihm wird nicht zum Bewußtsein gebracht, daß er durch sein Unorganisiertsein das Recht verwirkt hat, als ein Angehöriger der proletarischen Klasse geachtet zu werden. Er läßt also nicht Gefahr, wenn er unorganisiert bleibt, daß er Nachteile erleidet. Was Wunder, daß er sich als Unorganisierter wohlfühlt.

Wir müssen unser gesellschaftliches Verhalten zum Unorganisierten ändern. Die proletarische Moral fordert von uns den Boykott über den Unorganisierten. Es muß schon ein ganz verstockter Mensch sein, der auf die Dauer den über ihn verhängten gesellschaftlichen Boykott zu ertragen vermag. Auch der Unorganisierte wird es nicht ertragen können, wenn er unter der Nichtachtung der Kollegen und Kolleginnen zu leiden hat. Die menschlichen Regungen in ihm werden ihn schließlich zur Umkehr von seiner bisherigen Haltung bringen. Der Trieb zu den andern zwingt ihn auch so, sich deren organisatorischen Gemeinschaft anzuschließen. Er wird einer der Unrigen. Und nun weiß er, die Kollegen werden ihm wieder entgegenkommen, so wie es die proletarische Gemeinschaft verlangt. Aus innerer Notwendigkeit ist er zu uns gestoßen. Ein Unorganisierter weniger.

Was alle Propaganda nicht vermag, daß bewirkt der gesellschaftliche Boykott. An uns liegt es, wenn wir die Unorganisierten dudben. Auch in der Haltung gegenüber den Unorganisierten müssen wir Kampftampfer sein. Darum laßt dieses Wahnsinn nicht unbeachtet.  
L. P.

Tarife zu zahlen, wenn es sein muß; denn die Situation ist zurzeit auch bei uns ziemlich ernst.

Ich mache nun folgende Vorschläge: Es ist zu prüfen und zu trennen zwischen Erwerbslosen und Ausgesteuerten. Die Bezugdauer für die Erwerbslosen soll bestehen bleiben. Folgende Gründe führe ich an. Jeder Unterstützungsberichtigte weiß wohl, wo die Unterstützung abgehoben wird, aber ein Teil vergißt, wenn er ausgeteuert ist, wo er hingehört. Da bin ich der Meinung, wo bleibt die Bindung, das Band zur Organisation? Es gibt so Fälle, daß man durch Zufall erfährt, daß gearbeitet wird, aber den Pflichten versucht man sich zu entziehen. Den Ausgesteuerten könnte dann — auf Monate verteilt — eine Unterstützung gezahlt werden. Hier müßte aber festgelegt werden, daß eine gute und scharfe Kontrolle ausgeübt wird und die Unterstützung nur gezahlt wird für vier Wochen tatsächlicher Arbeitslosigkeit. Ich verspreche mir dadurch ein besseres Bindemittel an unseren Verband. Gewiß, ein Arbeitsloser hat andere Gedanken. Wir können uns aber nur in sein Denken richtig hineinversetzen, wenn wir selbst erst das durchmachen. Der in Arbeit Stehende sieht alles anders an. Wir dürfen uns aber nicht von Gefühlen leiten lassen. Ein Schein ist der, der mehr gibt oder mehr geben will, als er für diesen Zweck in der Kasse hat. Das muß ausgesprochen werden.

Die Frage des Pflichtbeitrags von 5 Pf. ist akut, denn nach den Zahlen des Verbandsvorstandes scheint man mit den Freimarkten manchmal zu weitherzig verfahren zu sein.

Völlig Ausgesteuerte wird es auch geben, alles schöpft sich mal aus. Darum müßte selbstverständlich auch bei meinem Vorschlag eine Koranzzeit festgesetzt werden.

Sehr von Interesse wäre eine Statistik — in der die Zahlstellen namentlich aufgeführt werden —, was

im Interesse der Ausgesteuerten von den Lokalverwaltungen gezahlt worden ist. Zahl der Mitglieder angeben, Zahl der Erwerbslosen und Höhe der monatlichen Summe. Da würde die Einstellung manchen Mitgliedes anders sein.

Hunger, Görlitz.

### Zur Beitrags- und Arbeitslosenunterstützungsfrage.

Der Aufforderung des Verbandsvorstandes, zu der geplanten Erweiterung der Erwerbslosenunterstützung und der damit verbundenen Beitragserhöhung Stellung zu nehmen, leiste ich hiermit Folge. Mit großer Befremdung habe ich die neue Vorlage des Verbandsvorstandes gelesen und mich sehr gewundert, daß es der Verbandsvorstand unternimmt, kaum daß sich die Wogen der Entrüstung von der letzten, wenn auch nur geringen Erhöhung etwas gelegt haben, in einer Zeit, in der alle Lebensbedürfnisse im Steigen begriffen sind, der Beschäftigungsgrad am allerungünstigsten ist, die Gemüter der Mitglieder, vor allem der weiblichen, von einem in Aufregung zu bringen. Wenn eingangs des Artikels von einem Provisorium gesprochen wird, nur um Zeit zu gewinnen, dann ist das nach Auffassung der Mitglieder eine ganz falsche Meinung. Die Erhöhung der Beiträge um 5 und 10 Pf. hat lediglich zu dem Zweck stattgefunden, um erstens die lästigen Extramarken zu beseitigen und zweitens einen dauernden Beitrag zur Erwerbslosenunterstützung zu schaffen. Die meisten Mitglieder sind sogar der Auffassung, daß dieser Extrabeitrag wieder einmal verschwinden muß, sobald sich die Verhältnisse einmal bessern. Sie rechnen aber nicht damit, daß eine abermalige Erhöhung der Beiträge zu einer Dauereinrichtung werden soll. Zu einer solchen Einrichtung hat meines Wissens der

Beirat seine Zustimmung nicht gegeben. — Das Erwerbslosenproblem zu lösen ist nicht Sache der Gewerkschaften, sondern des Staates und derjenigen, die dieses Problem geschaffen haben. Selbstredend muß von den Gewerkschaften dahingehend gearbeitet werden, daß das Los dieser Unglücklichen ein besseres wird. Wir aber als Verband haben in dieser Frage sehr viel geleistet und unsere Mitglieder sind einfach nicht in der Lage, noch mehr aufzubringen. So bedauerlich es klingen mag, es ist aber Tatsache, daß heute unsere Kolleginnen mit allem — und wenn es bloß 15 bis 20 Pf. sind — rechnen müssen. Es gibt auch eine große Zahl männlicher Mitglieder, die schon lange den Beitrag von 1,70 Mk. mit Lokalzuschlag, wie er hier in Dresden erhoben wird, als sehr hoch bezeichnen. Mir scheint es eine Schraube ohne Ende zu werden, alle halbe Jahre eine Beitragserhöhung durchzuführen. Die Mitglieder werden die Vorlage ganz einfach ablehnen mit Abwanderung in niedrige Klassen oder mit Aufhören der Zahlung der Beiträge. Ueberhaupt glaube ich, daß der Beirat gar nicht beauftragt ist, solche tief einschneidenden Beschlüsse zu fassen. Es muß eine Befragung der Mitglieder stattfinden. Auf diese Weise geht es diesmal nicht, man muß schon versuchen, andere Wege zu finden.

Ich erlaube mir einen Vorschlag zu machen: Wir haben eine ganze Anzahl männlicher Kollegen, die einen schönen Verdienst haben. Warum führt man denn nicht eine 5B- oder 6. Klasse ein? Es wäre hier für diese Gelegenheit gegeben, einmal ihr Solidaritätsgefühl zu beweisen, indem sie anstatt des bisherigen 5. Klassenbeitrags einen solchen von 2,50 Mk. oder 3 Mk. bezahlten. Es könnten auch freiwillige Beiträge von denen, die dazu in der Lage sind, gezahlt werden.

Es werden noch mehr Stimmen laut werden, die diese Vorlage bekämpfen; für mich ist sie jedenfalls undurchführbar. H. B., Dresden.

### Beitragserhöhung?

In Nr. 3 der „Buchbinder-Zeitung“ hat der Verbandsvorstand eine Vorlage der Kollegenschaft zur Diskussion unterbreitet, welche wenigstens den Vorzug für sich hat, daß sie diesmal rechtzeitig veröffentlicht wurde, und es so der Kollegenschaft in weitestem Sinne ermöglicht, sich dazu äußern zu können. Es ist dies sehr zu begrüßen, denn bisher hat der Verbandsvorstand diese Frage immer äußerst diskret in seinem Kreis beraten. Wenn er dann mit seinen Erwägungen fertig war, wurde auf schnellste Weise der Beirat zusammenberufen oder durch Umfrage verständigt und die Kollegenschaft wurde vor fertige Tatsachen gestellt. Die Beratungen hatten dann die mehr oder weniger angenehme Aufgabe, diese Beschlüsse, die sie meistens nur 8 bis 14 Tage vor dem Inkrafttreten erfuhren, durchzuführen zu müssen. Der Verbandsvorstand, der zweifelsohne bei seinen Maßnahmen immer das Wohl des Gesamtverbandes im Auge hat, konnte dann im Beirat seine Vorlagen auch immer durchdrücken, da der Beirat keine selbständige Körperschaft ist, sondern nur eine Erweiterung des Verbandsvorstandes, in dem er mit seinen neun Mitgliedern Sitz und Stimme hat. Es muß aber auch einmal ausgesprochen werden, daß die Erhöhung der Beiträge ihre Grenzen hat, ganz besonders bei der Kollegenschaft in der Provinz, die meistens in den niederen Ortsklassen ist und wo mit geringen Ausnahmen nur die Tariflöhne verdient werden.

Der Kollege — r. hat in Nr. 4 der „B.-Z.“ gefragt, was zu der Vorlage des Verbandsvorstandes im wesentlichen zu sagen ist. Unsere Beiträge und auch die Klassen hat der letzte Verbandstag, bei den widerstreitenden Interessen, die dort vorhanden waren, leider nicht so festlegen können, wie es die Struktur unserer Berufsangehörigen erfordert. Wir haben 6 Ortsklassen in unseren Tarifen mit einer Lohnspanne von 30 Proz. Alle Facharbeiter aber, die den Spitzenlohn verdienen, sollen nach dem Statut in der höchsten Klasse steuern. Die Kollegenschaft in den höheren Städten, die meistens schon in den höheren Ortsklassen ist, wird aber fast durchweg über Tarif entlohnt oder kann durch Akkordarbeit, hauptsächlich in der Buchbinderei, wesentlich über Tarif verdienen, während die Kollegenschaft in den kleineren Orten fast nur nach dem Tarif in den niederen Ortsklassen entlohnt wird. Die Gründe hierfür können jetzt

nicht erörtert werden, es genügt die Tatsache. Es hat auch keinen Zweck, immer nach den Buchdruckern oder Steindruckern zu schielen. Die haben auch nicht die großen Nebenpartien mitzuschleppen wie wir. Dazu kommt, daß sich bei uns noch die Buchbinder-Krankenkasse dazwischen drängt, die in den anderen Berufen nicht vorhanden und deren Beitrag in dem Verbandsbeitrag der Schwäger mit enthalten ist. Ich möchte auch hier das Schillerwort zitieren: „Schau jeder, wo er bleibe; schau jeder wie er's treibe, und wer steht, daß er nicht falle.“ Was nun im Verband noch fehlt, daß ist eine höhere Klasse, mit der wir die sogenannten hohen Verdienner auch entsprechend fassen können. Wenn sich der Beirat schon zu einer Statutenänderung herbeiläßt, dann kann es nur in der Weise geschehen, daß noch eine 6. Klasse geschaffen wird, und daß der Verbandsbeitrag einschließlich Lokaltbeitrag auf mindestens zwei Stundenlöhne festgelegt wird, mit Anrechnung an die nächsthöhere Klasse. Zum Beispiel: Stundenlohn 73 Pf., Verbandsbeitrag 1,60 Mk. Ich würde folgende Beiträge und Klassen vorschlagen, wobei ich noch bemerken will, daß ich eine Erhöhung der Beiträge der Lehrlinge in keiner Weise für gerechtfertigt halte, da diese doch auf keine Unterstützungsanspruch haben. Es ist schon viel gewonnen, wenn wir unseren Nachwuchs zunächst mit den kleinsten Beiträgen bei der Organisation haben und uns für später die Kämpfer schon in der Jugend erziehen.

Klasse	Verbandsbeitrag	Lokalbeitrag	Gesamtbeitrag
I:	30 Pf.	5 Pf.	35 Pf.
II:	55 "	10 "	65 "
III:	70 "	15 "	85 "
IV:	110 "	20 "	130 "
V:	140 "	20 "	160 "
VI:	170 "	30 "	200 "

Wie schon gesagt, sollte jedes Mitglied mindestens zwei Stundenlöhne als Verbandsbeitrag entrichten, wobei zu beachten wäre, daß alle, die ein Bruttoeinkommen von 46 Mk. pro Woche haben, in die neue 6. Klasse steuern müßten. Es wären Tausende, die in diese Klasse gehören.

Von den arbeitslosen und tranken Mitgliedern die seitherigen Freimarke noch bezahlen zu lassen, muß ganz entschieden abgelehnt werden. Bei den Unterstützungen, hauptsächlich der Arbeitslosenunterstützung, kommt es weniger auf die Höhe als auf die Dauer der Unterstützungen an. Ich schlage vor, nur für die sechs Wochentage zu zahlen und durch die längere Wochendauer einen Ausgleich zu schaffen. Die Vergünstigung der 3. Klasse gegenüber der 4. und 5. Klasse muß, wenn eine Veränderung des Statuts erfolgt, ebenfalls korrigiert werden. Ich glaube, daß dieser Vorschlag eine brauchbare Grundlage wäre, auf der weiterberaten werden kann.

Hans Dürr, Vahr.

### Zur Unterstützung der Ausgesteuerten.

Ich habe schon seit längerer Zeit über diese Frage nachgedacht und bin auf den Gedanken gekommen, dem Uebelstand, der ja immer weitere Kreise zieht, durch eine Art Selbstversicherung innerhalb des Verbandes zu mildern.

Extrabeiträge oder erhöhte Beiträge, die also für alle Mitglieder Pflichtbeiträge bedeuten würden, sind vom Uebel. Das ist nicht etwa meine persönliche Ansicht als Verbandsmitglied, sondern die Frucht meiner Erfahrungen als Unterstärker des Verbandes. Mir klingen noch die Ohren von dem Befehle der Kolleginnen und Kollegen über die letzte geringe Erhöhung des Beitrags zugunsten der ausgesteuerten Mitglieder. Da hört man immerfort beim Kassieren: „Wie lange wird denn dieser erhöhte Beitrag noch erhoben?“ oder: „Früher haben wir nur einen Stundenlohn als Beitrag gezahlt“ und: „In anderen Gewerkschaften zahlt man nur fünfzig Pf.“ usw. usw. Wenn man dann entgegen, daß sich die Arbeitslosigkeit ja immer noch vergrößert, und daß sich ja eigentlich jeder und jede darauf gefaßt machen müsse, auch arbeitslos zu werden, dann nützt dies nicht viel. Und doch muß man jedem entgegenhalten, daß durch die fortschreitende Rationalisierung alle, mehr oder weniger, in der Gefahr sind, in den Abgrund der Erwerbslosigkeit gedrängt zu werden. Aber man predigt meistens tauben Ohren; viele meinen in ihrem Egoismus: „Mich betrifft's ja nicht!“

Wenn nun der Verbandsvorstand dazu überginge, freiwillige Extrabeiträge auszuschreiben für diejenigen, die einsichtig genug sind, sich für alle Fälle vorzusehen, und zwar in der Weise, daß Marken ausgegeben werden, die von den Mitgliedern gekauft werden können, wenn es ihnen möglich ist, dann meine ich, daß diese Gelegenheit zur Selbstversicherung von vielen, wenn auch nicht von allen Mitgliedern benutzt werden würde. Nach einer gewissen Karenz, die sich jedoch nicht nach der Zeit, sondern nach der Zahl der geklebten Marken richten müßte, hätte man dann, wenn man in der Arbeitslosenunterstützung ausgeteert ist, Anspruch auf diese Ausgesteuertenunterstützung. Diese müßte je nach der Zahl der geklebten Marken gestaffelt werden. Natürlich könnten — unter denselben Bedingungen — auch weibliche Mitglieder von dieser Selbstversicherung Gebrauch machen. Die Marken sollten jedoch der Einfachheit halber für alle Mitglieder gleich sein.

Ueber den Preis der Marken will und kann ich keine konkreten Vorschläge machen. Das wäre Sache des Verbandsvorstandes, der mit dieser Materie vertraut ist. Es müßte eben kalkuliert werden die Höhe des einzelnen Beitrags, sowie die Zahl der Beiträge, bis die entsprechenden Karenzen erreicht sind, die Höhe der eventuellen Unterstützung usw. Ich denke aber, daß der einzelne Beitrag nicht zu hoch angesetzt werden darf — vielleicht 50 Pf. —, damit man recht oft in der Lage ist, eine solche Marke kleben zu können.

Es wäre natürlich wünschenswert, wenn sich recht viele Mitglieder an dieser Versicherung beteiligen würden. Ein Einwand jedoch, daß eine solche freiwillige Versicherung auf keiner soliden Basis beruhen würde, ist nach meiner Ansicht hinfällig, denn alle Versicherungsanstalten und Versicherungsarten sind doch mehr oder weniger auf dieser Basis aufgebaut. Es müßte eben eifrig für Beteiligung möglichst aller Mitglieder an dieser Einrichtung geworben und agitiert werden, was unter Hinweis auf die sich immer schärfer zuspitzenden Verhältnisse nicht schwer sein kann.

Nun lese ich in Nr. 3 der „B.-Z.“ den Artikel über die Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung bei entsprechender Beitragserhöhung und kann mir, aus den schon angeführten Gründen, ganz entschieden davor warnen, in dieser Weise vorzugehen. Da aber in diesem Artikel auch von einem Pflichtbeitrag die Rede ist, erweitere ich meinen Vorschlag in der Weise, daß in Zukunft nur Pflichtbeiträge und Versicherungsbeiträge eingeführt werden sollten. Zum Beispiel könnte, um das Geschrei vieler Mitglieder über den zu hohen Verbandsbeitrag aus der Welt zu schaffen, so vorgegangen werden: Der Pflichtbeitrag beträgt für alle Mitglieder ungefähr einen Stundenlohn, natürlich ohne jeden Anspruch auf Unterstützung, außer Streik- und Gemäßregelungenunterstützung, für Erwerbslose 5 Pf. resp. 10 Pf. pro Woche. Neben diesem Pflichtbeitrag werden Versicherungsbeiträge eingeführt, ähnlich, wie ich es oben vorschlug. Das Nähere zu bestimmen, wäre Aufgabe des Beirats.

Aber wiederum erhöhte Beiträge, namentlich ohne vorhergehende Lohnerhöhung, dürfen unter keinen Umständen erhoben werden. H. H.

### Zur Erweiterung der Arbeitslosen-Unterstützung.

Man kann Ueberraschungen erleben und eine solche ist der Artikel des Verbandsvorstandes in Nr. 3 unserer „Buchbinder-Zeitung“. Eine Ueberraschung deshalb, weil recht viele Mitglieder der Meinung waren, der Extrabeitrag von 5 und 10 Pf. werde am 1. April verschwinden, und nun soll eine Beitragserhöhung eintreten. Das hat zur Folge — die Zeit hat das schon gelehrt —, daß ein Abwandern in niedrigere Beitragsklassen stattfindet und so die Verbandskasse nie auf ihre Rechnung kommt. Beweis ist die letzten gebrauchte Aufmachung, wie viele Kolleginnen in der 2. Beitragsklasse anstatt in der 3. ihre Beiträge bezahlten. Der Schuß wird auch diesmal nach hinten losgehen und die Druckberger kommen auf ihre Rechnung.

Mit einer Beitragserhöhung kommen wir nicht vorwärts, sondern zurück. Ein anderer Weg zum Ziel wäre zunächst die Einstellung der Ausbezahlung des Krankengeldes. In Krankheitsfällen ist die Not lange nicht so groß wie bei der

Erwerbslosigkeit. Die Unterstützungstage der Krankenunterstützung sollten den Unterstützungstagen bei Erwerbslosigkeit zugegählt werden. Dann kann der Beitrag mit dem jetzigen Extrabeitrag belassen, er könnte in der 1. Beitragsklasse noch um 5 Pf. erhöht werden.

Wenn der Beirat eine solche Lösung nicht treffen will, müssen andere Wege gesucht werden. Ein solcher ist eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit innerhalb der Organisation. Diejenigen, die in der Zeit, in der sie Arbeit haben, der Versicherung nicht beitreten, gehen eben leer aus. Durch eine solche Versicherung würden dann die Gelder für Kampfes-zwecke sichergestellt und es gäbe für jede Beitragsklasse ein Organisationspflichtbeitrag. Für Unterstützungszwecke gibt es dann nur zwei Beitragsarten: eine für männliche und eine für weibliche Mitglieder, doch nur für solche, die den Versicherungsbeitrag bezahlen. Wer diesen nicht entrichtete, hat keinen Anspruch auf Unterstützung.

Sehen wir heute so manches Mitgliedsbuch der Erwerbslosen an, dann sieht es zu einem Teil wegen Bezahlung in der richtigen Beitragsklasse windig aus. Mancher hätte sich, wenn er kein so großer Egoist wäre, eine längere Unterstützungsdauer sichern können. Heute ruft auch er: „Helft uns!“ Gewiß wollen wir das; aber alles hat seine Grenzen und wir dürfen in der heutigen Zeit nicht fortwährend den Bestand an arbeitenden und beitragszahlenden Mitgliedern gefährden. — In erster Linie ist es Aufgabe des Staates, für die Opfer der Rationalisierung zu sorgen. Es sollte nicht Aufgabe der Organisation sein, dem Staat diese Lasten abzunehmen. Unter der Last der Opfer für die Erwerbslosen wird eines schönen Tages der Arbeiter zusammenbrechen. Dann reißt sich das Kapital die Hände, weil wir für die kapitalistischen Opfer bis zum eigenen Zusammenbruch geforgt haben. Dann hat das Kapital noch leichtere Arbeit mit der ohnedies gedrückten Arbeiterkraft.

Wenn eine Beitragserhöhung eintreten soll, dann erst Lohnerhöhung! Es kann nicht dabei bleiben, daß nur Forderungen gestellt werden mit dem Resultat: Erreicht wurde nichts, aber sind wir froh, daß der Lohn nicht abgebaut wurde. Eine Lohnerhöhung ist eine dringende Notwendigkeit. Ohne Lohnerhöhung ist die Durchführung einer Beitragserhöhung unmöglich. Deshalb hat der Beirat genau zu prüfen, welchen Weg er in dieser Frage gehen kann.

### Das Rätsel der Spareinlagen.

Eine besonders auffallende Erscheinung des jetzt abgelaufenen Wirtschaftsjahres war das starke Anwachsen der Spareinlagen. Ende Dezember 1925 war der Bestand der Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen 1629 Millionen Mark, Ende Oktober 1926 aber 2832 Millionen Mark — in zehn Monaten eine Zunahme von 1200 Millionen Mark, im Monatsdurchschnitt 120 Millionen Mark. Vor dem Krieg war die monatliche Zunahme der Spareinlagen nicht mehr als 84 Millionen Mark, 1925 92 Millionen Mark, und so ist im abgelaufenen Jahr eine sehr erhebliche Steigerung der Spareinlagen festzustellen.

Man sieht dieser erheblichen Steigerung der Spareinlagen wie einem Rätsel gegenüber. Wie war sie in der Periode der starken Arbeitslosigkeit und des Massenelends möglich? Die Spareinlagen pflegen die dem unmittelbaren Verbrauch entzogenen Einkommensteile des Mittelstandes und des Proletariats darzustellen. Nun gibt es leider keine erschöpfende Statistik darüber, wie sich die Spareinlagen unter den verschiedenen Klassen bzw. Gruppen verteilen, wie groß der Anteil des gewerblichen Mittelstandes, des höheren Beamtenums usw. ist, und wie groß die Ersparnisse aus proletarischen Kreisen sind. Es ist anzunehmen, daß der Hauptanteil der Spareinlagen auf die erste Gruppe entfällt. In diesem Jahr gab es keinen weiteren Beamtenabbau, und was den Mittelstand im Handel und Gewerbe anbelangt, so ging es diesem im abgelaufenen Jahr (bis auf den Teil, der vom Konsum des Proletariats abhängt) besser. Mit Beginn der Konjunkturbekämpfung vermochte er seine Lager zu räumen und die vermehrte Kaufkraft der Industrie, wo große Gewinne erzielt wurden, wie auch der Landwirtschaft, ist ihm zufließen gekommen. Dant der anhaltenden Kurssteigerung an der Börse

war ein großer Anreiz für die höheren Beamten und den gewerblichen Mittelstand vorhanden, die Ersparnisse, statt in der Sparkasse, in Aktien und Schuldschreibungen anzulegen. Wenn also der Anteil des Mittelstandes an den Spareinlagen sicherlich bedeutend war und das Ausmaß der Beteiligung des Proletariats nicht festgestellt werden kann, dann müssen wir dennoch annehmen, daß ein nicht unerheblicher Teil der Sparkasseneinlagen aus proletarischen Kreisen herrührt.

Wie waren aber diese Ersparnisse in dieser Periode der schweren Krise des deutschen Arbeitsmarkts möglich? Aus den Berichten der Handelskammer und der Körperschaften des Einzelhandels geht hervor, daß der auf proletarischen Konsum angewiesene Einzelhandel infolge der rückgängigen Kaufkraft der Massen, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte, daniederlag, d. h. es wurden wichtige Bedarfsartikel, wie Haushaltsartikel, Wäsche, Möbel usw. von diesen Kreisen so gut wie gar nicht angekauft. Hier sehen wir einen Hinweis darauf, wie die oben erwähnten Ersparnisse entstehen konnten. Waren nämlich die Arbeitslosen und Kurzarbeiter, die aus der färglichen Unterstützung oder aus dem verkürzten Lohn leben mußten, überhaupt nicht in der Lage, jene Waren zu kaufen, dann müssen wir annehmen, daß die Volkbeschäftigten — und schließlich stellen diese trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit die größere Masse der Arbeiterschaft dar — jene Waren nicht kaufen wollten, auch in den Grenzen ihrer Kauffähigkeit nicht. Die Vollarbeiter haben lieber die größten Entbehrungen auf sich genommen und trugen ihren Lohn, nach notdürftigster Befriedigung ihrer elementarsten Bedürfnisse, in die Sparkassen. Als Erklärung für diese Sparwut unter Verzicht auf elementare Bedürfnisbefriedigung kann vornehmlich die Angst vor der Arbeitslosigkeit angenommen werden. Der Arbeiter und Angestellte, der als Folge der Rationalisierung der Produktion die Massenentlassungen seiner Kollegen vor Augen sieht, und der nicht wissen kann, wie lange dieser Prozeß noch andauern, wie weit er gehen wird, und ob er sich demnächst nicht selbst unter dessen Opfern befinden wird, will für die kommende trübe Zeit gerüstet sein und er legt seine Ersparnisse unter großen Entbehrungen beiseite. Die Sparkassen, die früher überwiegend das Hypothekengeschäft pflegten, stellen dann diese Ersparnisse dem Handel, der Industrie und der Landwirtschaft, vornehmlich den mittleren und kleineren Betrieben zur Verfügung, und so können jene Kreise dank der Entbehrungen der Arbeiterschaft wieder zu Krediten gelangen, die ihnen sonst von den Privatbanken vorenthalten werden.

So sehen wir, wie sich die Kapitalbildung von unten vollzieht. Die von den unteren Klassen erparten Beträge sind, was ihre Höhe anlangt, volkswirtschaftlich recht bedeutend. Bei Spareinlagen von 1 1/2 Milliarden Mark im Jahre 1926 und unter Hinzurechnung der Ersparnisse aus anderen Quellen (Versicherung usw.) dürften die erparten Summen mindestens 2 Milliarden Mark betragen. Wenn wir nach Schätzung des ADGB, ein Volkseinkommen von 52 bis 60 Milliarden Mark für 1926 annehmen, dann belaufen sich diese Ersparnisse allein auf fast 4 Proz. des Volkseinkommens. So oft wir jedoch an die Kapitalbildung von unten, d. h. an Kapitalbildung durch Ersparnisse der Arbeiterschaft und der Beamten denken, schwebte uns die Vorstellung vor, daß diese Kapitalbildung auf Kosten der Unternehmerrgewinne erfolgen sollte. Davon ist aber heute keine Rede. Die Kapitalbildung bei den kapitalistischen Großunternehmungen war im vergangenen Jahr außerordentlich hoch. Dies ist eine unbestrittene Tatsache, die in sämtlichen volkswirtschaftlichen Veröffentlichungen der letzten Zeit, u. a. auch in dem Bericht des Reparationsagenten zum Ausdruck kommt. Durch die Rationalisierung sind die Produktionskosten der Unternehmungen wesentlich gesunken, auch wurden die Lager weitgehend geräumt. Da aber die Unternehmer weder die Preise senkten, noch die Löhne erhöhten, erzielten sie Gewinne, die, auch unter Berücksichtigung der nötigen Abschreibungen, noch außerordentlich hoch blieben und die inneren Reserven der Unternehmungen auffüllten. Damit haben die Unternehmungen durch hohe Preise und niedrige Löhne ein Sparen am notwendigen Ver-

brauch erzwingen, das ihnen allein zugute kam. Wir aber müssen ein Sparen anderer Art wünschen. Notwendig ist, daß die Kapitalbildung nicht auf Grund erzwungener Verbrauchs- einschränkung durch die Preis- und Lohnpolitik der Unternehmer zustande käme und nicht vom Proletariat erhungert würde. Menschenwürdige Löhne sollen dem Arbeiter ein wirkliches Sparen an Stelle des Hungersparens ermöglichen.

M. S.

### Berichte.

**Achtersleben.** Am 22. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Als Referent war unser Gauleiter, Kollege v. d. Reith, erschienen. Kollege Füllgel erstattete den Geschäftsbericht für das Jahr 1926. Daraus ist zu entnehmen, daß sich unser Mitgliederbestand am Jahreschluß auf etwa 750 belief, daß wir wohl im Laufe des Jahres schon über 850 Mitglieder zählten, daß aber ein Teil der Neugetretenen für die Organisation nicht zu halten war. Im verfloffenen Jahre haben 4 Verhandlungen mit der Firma H. C. Besthorn stattgefunden, und zwar hauptsächlich wegen Lohnfreistellungen und Kündigungen. Daß aber das Jahr ein arbeitsreiches hauptsächlich für die Verwaltung war, beweist wohl am besten, daß allein 16 Vorstandssitzungen stattfinden mußten. Den Kassenbericht vom 4. Quartal erstattete Kollege von der Heiden. Wir haben in diesem Vierteljahr 4000 Mk. an die Verbandskasse eingekandt. Die Gesamteinnahme beträgt 4521,15 Mk. Wir haben verhältnismäßig nur wenig an Unterstützungen gezahlt, und zwar: Arbeitslosenunterstützung 276,10 Mk., Krankenunterstützung 377,50 Mk., Pfandstandsunterstützung 70,20 Mk. und Sterbegeld 50 Mk. Dieser Bericht wurde mit Genugtuung aufgenommen, geht doch aus ihm hervor, daß wir nur wenige Arbeitslose und Kranke am Orte hatten.

Darauf nahm Kollege v. d. Reith das Wort zu den gegebenen Berichten und schilderte nochmals eingehend die Arbeiten der Ortsverwaltung im abgelaufenen Jahre, da er ja in dauernder Fühlung mit dem Vorstand gestanden und an vielen dieser Arbeiten selber teilgenommen hat. Er schilderte eingehend die Verhandlungen, die mit der Firma Besthorn stattgefunden haben und be sprach auch die sonstige Tätigkeit des Vorstandes. Weiter behandelte v. d. Reith eingehend den Kassenbericht und die Beitragszahlung. Er be sprach die bevorstehende Beirats tagung und die dort zu fassenden Beschlüsse betr. Erhöhung der Beiträge, um für die arbeitslosen angesteuerten Mitglieder weitere Mittel zu erhalten. Insbesondere betonte er, daß man die Frage der Beitragserhöhung nicht vom lokalen Gesichtspunkt betrachten soll, sondern dabei immer das Gesamtbild der Organisation vor Augen haben muß. Man werde dann auch in Achtersleben zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß unbedingt eine Beitragserhöhung einzutreten habe. Weiter be sprach Kollege v. d. Reith die Anträge, die vom Gautag und den Bezirksversammlungen an den Verbandsvorstand gestellt wurden, und die die Anstellung eines Beamten betreffen.

An der einsetzenden Aussprache beteiligten sich verschiedene Kollegen und Kolleginnen. Kollege Lindig be sprach insbesondere die örtlichen Verhältnisse, während der Kollege Helmdach die Angestelltenfrage behandelte. Er wies darauf hin, daß in Achtersleben über 2000 Berufsangehörige beschäftigt sind, und nur etwa 750 sind davon organisiert, daß also hier ein großes Tätigkeitsfeld für einen Angestellten vorhanden sei. Er erwartet, daß nun baldigst in dieser Angelegenheit etwas unternommen wird.

Nachdem dem geschäftsführenden Vorstand einstimmig Entlastung erteilt war, wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Als erster Vorsitzender wurde der Kollege Lindig, als zweiter Vorsitzender der Kollege Schwengebecher, als Kassierer der Kollege v. d. Heiden und als Schriftführer der Kollege Helmdach gewählt. Als Beisitzer wurden die bisherigen Kollegen wiedergewählt. Nachdem noch beschlossen wurde, am 5. März unser diesjähriges Stiftungsfest abzuhalten, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Bielefeld.** Unsere Jahresgeneralversammlung fand am 22. Januar statt. Zunächst gedachte der Vorsitzende Hof des verstorbenen Kollegen Wittler in herzlichster Weise. Darauf gab Hergt den Geschäfts- und Kassenbericht. Dieser geht auf die Ereignisse im letzten Jahre ein, das ein Krisenjahr ersten Ranges gewesen ist. Schon im Anfang des Jahres hatten wir eine größere Anzahl von Arbeitslosen und Kurzarbeitern. Die Ortsverwaltung hat es sich stets angelegen sein lassen, diesen nach besten Kräften zu helfen. So wurden 1424 Mark aus lokalen Mitteln an angesteuerte Kollegen und Kolleginnen ausgeben. Aber auch auf dem Wege der Arbeitsvermittlung ist alles getan, um

sie wieder in Arbeit zu bringen. Die Betriebsräte haben uns helfend beigestanden, so daß am Jahres-schluss keine Arbeitslosen und Kurzarbeiter vorhanden waren, ja daß sogar Kräfte von auswärtig eingestellt worden sind. Auch wo es galt, die Rechte der Mit-glieder zu wahren, und dieses geschah nicht selten, ist dieses erfolgreich geschehen. Im Tarifwesen ist leider ein Rückschritt festzustellen. Die schwere Wirtschaft-skrise habe die Unternehmer dazu ausgenutzt, Rechte der Kollegenschaft streifig zu machen, was ihnen zum Teil geklappt ist. Auch das neue Jahr zeigt kein freundliches Gesicht. Die Kollegenschaft hat allen Grund auf der Hut zu sein. Sie muß vor allen Dingen die Versammlungen besuchen, um von den Ereignissen besser unterrichtet zu sein. Einigkeit und Geschlossen-heit, das sei unser Wunsch im neuen Jahre, um die Absichten der Unternehmer zunichte zu machen.

Der Kassenbericht lag vervielfältigt vor und wurde von Hergt eingehend erläutert. Die Hauptposten ver-zichnete ein Einnahme und Ausgabe 8518,29 Mk. Die Eckalkasse einen Bestand von 2185,96 Mk. Wenn der Solalkassenbestand sich im letzten Jahre nicht wesentlich erhöht hat, dann lag dieses an den erhöhten Auslagen an die in Not geratenen Mitglieder.

Unsere Jugendbewegung hat nach den Darlegun-gen des Kollegen Kofz erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Veranstaltungen sind gut besucht worden. Auch das am Ort bestehende Jugendortell hat rege Bildungsarbeit geleistet. Für März ist eine Jugend-seher in Aussicht genommen, zu der auch die Eltern der Lehrlinge eingeladen wurden. Leider ist die Ausbil-dung der Lehrlinge schlecht. Die Unternehmer haben sichtbar kein großes Interesse an einem guten Nach-wuchs und so haben die älteren Kollegen die doppelte Pflicht, sich mehr der Lehrlinge anzunehmen.

Bei der Vorstandswahl wurde Kofz als Vor-sitzender und die alten Beisitzer wiedergewählt, außer einer Kollegin, die wegen Verzuges ausfiel. Hinzü kam ein neuer Kollege. Nach einigen Worten zum Stiftungsfest, das am 5. Februar stattfindet, und zu anderen örtlichen Angelegenheiten dankte Kofz allen, die im letzten Jahre fruchtbare Arbeit geleistet haben, und schloß mit dem Appell, das gleiche auch im neuen Jahr zu tun, die gut besuchte Versammlung.

Breslau. Am 16. Januar fand hier eine Gehilfen-versammlung statt, die sich mit „Berufsfragen, Ge-hilfen- und Mädchenarbeit“ beschäftigte, aber leider sehr schwach besucht war. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden Kofz. Rippert, der kurz die Einberufung dieser Versammlung begründete, hielt Kofz. Rosenstein einen Vortrag über obiges Thema. Der Referent begrüßte zunächst, daß die Ortsverwaltung nun endlich dazu übergegangen sei, eine Gehilfenversammlung ein-zuberufen, da es so nicht mehr weitergehen kann, daß selbst in der besten Geschäftszeit 60 Buchbinder arbeitslos seien, während alle Kolleginnen in Arbeit seien und zum Teil Gehilfenarbeiten verrichten. Redner kritisierte scharf den mangelnden Berufsstolz unserer Kollegen, da es nur diesem zuschreiben sei, daß die Kollegen duben, daß Gehilfenarbeit von Mädchen ausgeführt wird. Grund dafür sei und müsse bleiben, daß alle Arbeit vom Buchbinder ab Gehilfenarbeit sei. Referent dankte zum Schluss der Ortsverwaltung, daß sie in seinem Betrieb eine Versammlung mit dem Wertmeister einberufen hat und spricht seine Be-friedigung über den Erfolg derselben aus, da jetzt mehrere Arbeiten, die früher von Mädchen ausgeführt wurden, aber Gehilfenarbeiten waren, wieder von Ge-hilfen ausgeführt werden und wünscht, daß dies in allen Betrieben durchgeführt wird und die Gehilfen nicht mehr duben, daß Gehilfenarbeiten von Mädchen verrichtet werden. Der reiche Beifall bewies, daß die Anwesenden mit seinen Ausführungen einverstanden waren. Kofz. Klar ergänzte noch kurz die Aus-führungen und gab seine Erfahrungen in dieser An-gelegenheit, die er schon vor mehr als 20 Jahren in Berlin gemacht hat, zur Kenntnis.

In der sehr ausgedehnten Aussprache kamen einige recht krasse Fälle, wie weit es in Breslau schon mit der Verrichtung von Gehilfenarbeit durch Mädchen ge-kommen ist, zur Kenntnis und gelobten alle Redner, nun dafür zu sorgen, daß es jetzt anders wird. Auch das Ueberstundenunwesen in einigen Betrieben, ins-besondere in denen, wo Funktionäre der Gewerkschaft tätig sind und diese es nicht einmal für notwendig halten, der Organisation von der Leistung der Ueber-stunden Mitteilung zu machen, wurde in schärfer Weise gerügt. Ein Antrag, der ein Gauvorstands-mitglied zur Niederlegung seines Amtes auffordert, wurde, da der betreffende Kollege nicht anwesend war, auf die nächste Versammlung vertagt. In seinem kurzen Schlusswort stellte der Referent fest, daß der Berufsstolz unserer Kollegen nun endlich wieder zu erwachen scheint. Ein Antrag, jeden letzten Sonntag im Monat eine Gehilfenversammlung abzuhalten, fand einstimmige Annahme. Nachdem noch auf Wunsch des Vorsitzenden die Abhaltung einer gemeinsamen Ver-sammlung mit den Kolleginnen, in der das obige Thema noch einmal besprochen werden soll, beschlossen

worden war, wurde die sehr anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Chemnitz. Am 25. Januar hielt die Zahlstelle ihre gutbesuchte Generalversammlung ab. Den Ge-schäftsbericht erstattete Miering. In leichtveränd-licher Weise ließ er das verlossene Jahr vorüber-ziehen. Kein Jahr der Freude war es, sondern ein Jahr der Enttäufung. Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, die als Erbe vom Jahre 1925 übernom-men wurde, kam nicht zum Stillstand, waren doch in einigen Monaten des Berichtsjahres rund 70 Proz. der gesamten Mitglieder zur Kurzarbeit verurteilt. Die schlechte Wirtschaftslage wirkte auch zermürend auf die Arbeiterkraft ein, so daß eine große Gleich-gültigkeit an den Tag trat, die zum Schaden der Arbeiterkraft auslief. Insbesondere hatte die Kar-tonnagenbranche manchen Druck auszuhalten, und dort, wo zeitweilig Verschlechterungen eintraten, hat die Belegschaft der betr. Betriebe ein Teil der Schuld mit zu tragen. An einigen interessanten Beispielen wurde das der Kollegenschaft vor Augen geführt. Die Ver-waltungsarbeit war eine reichhaltige; große An-forderungen sind an die Funktionäre gestellt worden, die sie auch freudig erfüllten. Der Erfolg war leider nicht so wie er sein sollte; insbesondere hat die angewendete Mühe zur Verbesserung den erwünschten Erfolg nicht gebracht. Mit einem Dank an alle Mit-arbeiter und mit der Bitte, alle Kraft im neuen Geschäftsjahr einzusetzen, um die Organisation zu stärken und zu festigen, schloß Miering seine Aus-führungen. Vegler gab darauf den Kassenbericht vom 4. Quartal, aus dem zu entnehmen ist, daß die Zentralkasse mit 6086,50 Mk. und die Solalkasse mit 1331,27 Mk. bilanziert. An Unterstützung wurde im letzten Vierteljahr aus der Zentral- und Solalkasse insgesamt 2034,60 Mk. verausgabt. Nachdem die beiden Branchenvorsitzenden den Jahresbericht er-gänzt hatten, trat man in die Aussprache ein. Ein Kollege unterrichtete die Ausführungen des Kollegen Miering. Weiter ging er auf die wirtschaftliche Lage ein und geißelte scharf das Ueberstundenunwesen, das in letzter Zeit in einigen Betrieben einsetzte. Zum Punkt 2, „Neuwahlen“, lagen die Vorschläge gedruckt vor. Als 1. Vorsitzender wurde Miering, als Kas-sierer Vegler einstimmig wiedergewählt. Die Wahl der Beisitzer sowie der Branchenkommision ging glatt vonstatten. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde ein Telegramm des Kollegen Pfühe von den Kartonnagen-verbänden aus Erfurt zur Verlesung gebracht. Als Delegierte zur Gaukonferenz am 6. Februar wurde der Kollege Dietrich und die Kollegin Berthold bestimmt. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen schloß Triemer mit einem kräftigen Appell für den weiteren Ausbau der Organisation die gut verlaufene Versammlung.

Dresden. Bei vollbesetztem Haus konnte Kollege Wittke am 25. Januar unsere Generalversammlung eröffnen. Nach Ehrung der im Jahre 1926 ver-storbenen Mitglieder und nach namentlicher Bekannt-gabe der Jubilare, die auf eine 25jährige treue Mit-gliedschaft zurückblicken konnten, gab Scheide den Jahresbericht für 1926. Er ging auf die wirtschaftliche Lage des verlossenen Jahres ein. Durch die Rationali-sierung, vor allem in der Kartonnagenindustrie, sind einige kleine Betriebe, die als Schmutzkonkurrenten wenig angesehen waren, eingegangen und die Aufträge von großen Firmen mit modernen Maschinen aufge-nommen worden. Leider ist das Gespenst der Arbeitslosigkeit immer mit unseren Mitgliedern gegangen. Es waren das ganze Jahr hindurch wöchentlich etwa 150 Kollegen und 500 Kolleginnen arbeitslos. Am Jahres-ende wurden 87 männliche und 226 weibliche Mit-glieder als Kurzarbeiter gezählt. Durch die technische Vervollkommnung wird wahrscheinlich ein großer Teil unserer Mitglieder nicht wieder in die Betriebe aufge-nommen werden können. Die Zigarettenindustrie leidet stark unter dem Druck der Steuern. Die Be-schäftigung in den Buchbindereien, Druckereien, Brief-hüllfabriken, Steindruckerei- und Plafatbetrieben war gut bis auf wenige Ausnahmen. Der gedruckt vorliegende Jahresbericht zeugte von vieler Arbeit, die mit Unterstützung eines Stabes gutgeschulter Funk-tionäre geleistet werden mußte. Viele Verhandlungen mit Unternehmern, Behörden und dem Gewerbegebiet konnten durch das Zusammenhalten der Kollegenschaft erfolgreich abgeschlossen werden. Mit der Ermahnung, auch in diesem Jahre fest zusammen zu halten, schloß Kollege Scheide seine Ausführungen.

Der Jugendleiter, Kollege Duads, und die Vor-sitzende unseres weiblichen Funktionärurses, Kollegin Kögel, erstatteten Bericht über die erzielten Erfolge ihrer Gruppen. Manches Wissenswertes ist durch geeignete Vorträge und Jugendveranstaltungen zu Gehör der Kurzusteinernehmer und der Jungkollegenschaft ge-kommen.

Kofz erstattete den Kassenbericht, der in nächster Zeit gedruckt erscheinen soll, und zwar im Jahresbericht der Zahlstelle. Für Unterstützungszwecke sind außer-ordentlich große Mittel ausgeben worden, insbe-sondere für Arbeitslose.

Der für den 2. Punkt der Tagesordnung vorge-sehene Bericht über die Kartonnagerverhandlungen mußte ausfallen, da zurzeit die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen waren. Dafür sprach Kollege Püschel über „Erwerbslosennot und deren Milderung durch Selbsthilfe“. Nach eingehendem Vergleich über die Entscheidung der amerikanischen und deutschen Rationalisierung zeigte der Referent Wege zur Selbst-hilfe durch Zahlung eines wöchentlichen Beitrages. Er ist der Meinung, daß wir bei der heutigen Regierungs-besetzung keine Hoffnung auf ausreichende Unter-stützung haben dürfen. Außer einer gegenseitigen Wortmeldung entspann sich über diese Ausführungen keine Debatte.

Dann wurden die in den Branchenkommisionen gewählten Funktionäre mit einigen Stimmten-haltungen bekräftigt und ein kommunistischer Antrag, in einer der nächsten Versammlungen einen sozialdemo-kratrischen Aufruf-Delegierten sprechen zu lassen, mit großer Mehrheit nach lebhafter Debatte abgelehnt. Damit schloß die sonst sehr sachlich verlaufene Generalversammlung.

Hamburg-Altona. In der gutbesuchten Mit-gliederversammlung vom 20. Januar referierte Ge-nosse Ehrenteit über „Vergangenheit und Gegenwarts-aufgaben der Gewerkschaften“. In der Debatte führte Dopf aus, daß durch die Zivilisation in anderen Ländern die Arbeitslosigkeit in Deutschland immer mehr vergrößert würde. Die vorhandene Arbeit muß unter die Berufsangehörigen verteilt werden. Die Verhältnisse drängen dazu, daß es zu einem Endkampf zwischen Kapital und Arbeit kommt. Ehrenteit ent-gegenete in seinem Schlusswort, daß dieser Großkampf zurzeit doch wohl schlecht für uns ausfallen könnte, da über zwei Drittel aller Lohn- und Gehalts-empfänger noch abseits oder uns gar feindlich gegen-überstehen. Diese würden sich dann dem Unternehmern als Streikbrecher zur Verfügung stellen. Durch Stärkung der Gewerkschaften im Kampfe für den Achtstundentag und Vermeidung jeglicher Ueber-stundenschulerei wäre den Erwerbslosen schon sehr viel geholfen. Die interessanten Ausführungen des Genossen Ehrenteit wurden mit großem Beifall auf-genommen.

Thierbach machte auf die am 23. Januar in Erfurt stattfindenden Verhandlungen mit den Kartonnagenfabrikanten aufmerksam. Die Kartonnagen-arbeiterschaft wehrte sich in einer gutbesuchten Ver-sammlung am 4. Januar ganz entschieden gegen einen Lohnabbau. Kollege Hoff unterrichtete noch besonders die Notwendigkeit der Feiertagsbezahlung. Baum wünscht, daß unbedingt das „Api“-Abkommen zum 1. Februar gefündigt wird.

Konrath referiert dann über den Antrag des Verbandsvorstandes auf Erhöhung der Beiträge und Einführung eines Pflichtbeitrages für kranke und erwerbslose Mitglieder. Die Versammlungsteilnehmer konnten sich der Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge zum Zwecke der besseren Unterstützung unserer kranken und erwerbslosen Mitglieder nicht verschließen, wehren sich aber ganz entschieden gegen den Pflichtbeitrag, da die Einführung desselben einer Statutenänderung gleichzustellen wäre.

Thierbach machte auf die Bildungsturse in Tinz, Berlin und Frankfurt, ferner auf die Wirtschaftsschule in Düsseldorf aufmerksam und forderte die Inter-essierten auf, sich umgehend auf unserm Bureau zu melden.

Zum Schluss forderte Pfennig die Versammlung auf, recht rege für unsere Maskerade zu werben.

Hamburg-Altona. In der Versammlung der Kartonnagen- und Papierwarenarbeiter vom 27. Jan-uar erstattete Köster den Bericht von den Verhand-lungen mit den Unternehmern. Wegen des ein-gehenden Berichtes an anderer Stelle dieser Nummer verzichten wir auf eine Wiedergabe der Darlegungen des Kollegen Köster. Die Versammlung machte ihrem Herzen darüber, daß keine Verbesserung des Mantel-tarifs und keine Lohnhöhung eingeleitet ist, recht lebhaft Luft. Die Ortsverwaltung wurde erlucht, so-fort an den Arbeitgeberverband in Hamburg-Altona heranzutreten, um den im vorigen Jahre erfolgten Lohnabzug von 3 Pf. in der Spitze wieder zu be-seitigen.

Hirschberg. Am 18. Januar fand unsere Haupt-versammlung statt. Leider war der Besuch nicht so, wie wir ihn gewohnt sind. Trotzdem unsere Kollegen stundenweit auseinander wohnt, wird erwartet, daß dem Besuch unserer monatlich terminmäßig fest-gelegten Versammlungen ein besserer Besuch gewidmet wird. Hölzel gab den Kassen- und Geschäftsbericht vom vergangenen Jahr. Wie ein roter Faden zieht sich Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit durch diesen hin. Ein Drittel unserer Mitgliedschaft dauernd erwerbslos zu sehen, außerdem des öfteren Kurzarbeit, wie im vergangenen Jahre drei Betriebe 8-9 Monate hinter-einander 24-38 Stunden, war eine harte Probe. Trotzdem sind wir nicht im Mitgliederstand gesunken, sondern haben etwas zugenommen. Die am Ende des

Jahres vorgenommene Unterstützungsaktion zugunsten der Bedürftigsten hat bei allen wohl angeprochen, sie wird wiederholt werden, sobald wir dazu in der Lage sind. Dem Gewerkschaftsstatistiker gegenüber sind wir in allen Punkten gerecht geworden. Aus dem Geschäftsbericht ist zu erwähnen, daß wir im verfloßenen Jahre 12 ordentliche und 6 außerordentliche Versammlungen hatten, die alle gut und sehr gut besucht waren. Vorträge werden auch im kommenden Jahre unsere Versammlungen befruchten. Nach der Berichterstattung wurde dem Gesamtvorstande Entlastung und der Dank der Mitglieder ausgesprochen. Einstimmig wurden sodann die Kollegen Hölzel zum ersten Vorsitzenden und Kaffierer, Binsch zum zweiten Vorsitzenden, Großmann und Dinter zu Schriftführern, die Kolleginnen Benzel und Trömberg sowie Kollege Krug zu Beisitzern und Stumpe, Kaminski und Funke zu Revisoren gewählt. Die Betriebskassierer und Hauskassierer behalten ihre Funktion.

Hölzel referierte sodann über die Kartonnagen- und die Lüten- und Beutelindustrie, deren Tarife und die Einstellung der Arbeitgeberverbände. Hier kam zum Ausdruck, daß die Interessiertheit weiter Kreise dieser Zweige, speziell in Schlesien, der Hemmschuß ist, daß nicht vorwärts zu kommen ist. Reicher Beifall zollte dem Redner Dank. Die nächste Versammlung findet am 22. Februar statt.

**Cabr.** Am 19. Januar nahm die Lahrer Kollegenschaft Stellung zum Ablauf des Reichstages für die Kartonnagenbranche. Bezirksleiter Kollege Dürr referierte hierzu. In eingehender Weise schilderte er die Entwicklung unseres Tarifverhältnisses und wie leider durch Verkündern weiter Kreise der Kollegenschaft so manche Errungenschaft, die wir durch gute Organisation früher erreichen konnten, wieder verloren gingen. Er besprach dann die Anträge, die gestellt sind und die Verschlechterungen, die die Unternehmer wollen. In der Diskussion wurden besonders lebhaft einige Zustände in verschiedenen hiesigen Firmen kritisiert. Besonders das Ueberstundenwesen in den letzten Wochen habe fast unmögliches zutage gefördert. Sei es doch oft vorgekommen, daß Ueberstunden ohne die Prozente gemacht wurden. In einem Betrieb sei mehrmals von morgens 7 Uhr bis nachts 2 Uhr gearbeitet worden, obwohl noch eine Anzahl tüchtiger Facharbeiter seit Monaten arbeitslos sei. Aus der Mille der Versammlung kam folgende Resolution ein und fand nach lebhafter Debatte einstimmige Annahme:

„Die am 19. Januar tagende gut besuchte Mitgliederversammlung nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von der Stellung des Zentralverbandes der Kartonnagenfabrikanten zu den Reichstagsverhandlungen und den Verschlechterungen, welche die Unternehmer durchsetzen wollen. Den Versuch, die Löhne abermals zu verschlechtern, weisen die Versammelten entschieden zurück. Die Lahrer Kollegenschaft erwartet eine Verbesserung der Löhne auf jeden Fall, denn nur durch Stärkung der Kaufkraft der Arbeiterklasse kann eine Gesundung unserer Wirtschaft erfolgen; die Verhandlungen müssen uns unter allen Umständen einen Fortschritt auf dem Wege der Lohnerhöhung bringen. Die Versammelten verpflichten sich, alle noch fernstehenden Berufsangehörigen dem Verbandszusatz und erwartet von den in Frage kommenden Tarif- und Verbandsinstanzen, daß sie mit allen Mitteln die Rechte der Kollegenschaft in der nachdrücklichsten Weise schützt. Die Lahrer Kollegenschaft stellt sich geschlossen hinter unsere Vertreter und verpflichtet, alles zu tun, um durch restlosen Ausbau der Organisation die Voraussetzungen zu einem erfolgreichen Arbeiten unserer Unterhändler zu machen.“

Nachdem noch darauf hingewiesen wurde, daß auch alle Mitglieder in die Klassen Steuern, in die sie gehören, fand die harmonisch verlaufene Versammlung ihr Ende.

**Limbad.** Am 22. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die gut besucht war. In eingehender Weise gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Er stellte an Hand von Tatsachen fest, daß auch noch im vergangenen Jahr die unheilvolle Interessiertheit zu verspüren war. Es folgte der Bericht des Kassierers. Es kann besonders daraus hervorgehoben werden, daß die den höchsten Klassen angeschlossenen Kolleginnen und Kollegen die pünktlichsten Beitragszahler sind. Der langjährige Vorsitzende, Kollege Weiblich, der immer der Zahlstelle und dem Verbands seine ganze Person zur Verfügung gestellt hatte, wurde einstimmig wiedergewählt. Würdig zur Seite als 2. Vorsitzender steht ihm Kollege Edhardt. Selbstverständlich fungiert auch in diesem Jahre wieder unser gewissenhafter Kassierer, Kollege Graupner, ebenfalls einstimmig gewählt. Die beiden Schriftführer Steinbach und Wegold waren mit ihrer Wiederwahl einverstanden. Beisitzer zum Gesamtvorstand wurden die Kollegen Lange, Löser, Heidenreich, Küster und Kollegin Frische. Einstimmig wurden die Kollegen Oser und Petermann zu Rechnungsprüfern gewählt. Zu Teilnehmern an der am 6. Fe-

bruar stattfindenden Gaukonferenz wurden der 1. und 2. Vorsitzende bestimmt. Unter „Verschiedenes“ wurde ein Vergütungsausschuß gewählt, der die Aufgabe hat, eine Festlichkeit zu arrangieren aus Anlaß des einundzwanzigjährigen Bestehens unserer Zeitschrift.

Dann erhielt das Wort ein Kollege aus Chemnitz zu einem sehr lehrreichen zeitgemäßen Vortrag. Es war eine treffliche Schilderung des Weltkapitalismus, von den kleinsten Anfängen bis zur gegenwärtigen gigantischen Größe und unmenschlichen Auswirkung und ein Hinweis auf die Gewerkschaften als einzige Rettung aus der wirtschaftlichen Bedrängnis. Darum muß die Parole sein: Restlos hinein in die Gewerkschaften, und dann auf zum Kampf. Der Rationalisierungsschwindel wird ebenfalls vom Referenten gebührend gebrandmarkt. Auch das Arbeitsloseneid und das Ueberstundenwesen wurden nicht vergessen und ins rechte Licht gerückt. Warme Dankesworte wurden dem Vortragenden zuteil für seine vorzüglichen Ausführungen. Zur Erweiterung der Anwesenenden wurden nun vor Schluß der Versammlung von mehreren Kollegen humoristische Rezitationen und Gesangsstücke zum besten gegeben, und man trennte sich in bester Stimmung.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

**Berichtskarten zur Arbeitslosenstatistik** fehlen noch von einigen Zahlstellen, ebenso Berichtskarten über den Geschäftsgang in den Betrieben. Wir bitten dringend um postwendende Einsendung der Karten, um unnötige Mahnungen zu vermeiden. Bei den Berichtskarten zur Arbeitslosenstatistik bitten wir noch ganz besonders zu beachten, daß diesmal auf der Adressenseite der Karte die Arbeitslosen nach ihrer Branchenzugehörigkeit gefordert ausgefüllt werden sollen.

Auch die zur Ergänzung der Arbeitslosenstatistik mit Rundschreiben 177 übersandten Fragebogen über die Dauer der Arbeitslosigkeit fehlen noch von einer ganzen Reihe der Zahlstellen, weshalb wir auch an die Einblendung dieser Fragebogen erinnern.

### Abrechnungen

vom 4. Quartal 1926 gingen weiter bis zum 1. Februar bei der Verbandskasse ein von:

Gau Nordosten 900,— M., Kottbus 560,60 M., = Gau Hanja (ganzer Gau) 19 101,70 M., = Brandenburg 1250,— M., Ludenwalde 2900,— M., = Gau Hannover 827,80 M., Delmold 600,— M., Minden 218,10 M., Dsnabrid 235,— M., = Gau Rheinland-Westfalen 440,— M., Barmen-Eberfeld 1056,70 M., Bochum 400,— M., Essen 500,— M., Gellentkichen 120,— M., Gummersbach-Ründeroth —,— M., Remscheid 150,85 M., Solingen 250,55

## Inhaltsverzeichnis.

Der Reichstari für die Kartonnagenindustrie verlängert!  
Entscheidungen zu unseren Reichstagsverträgen:  
„Ppi“-Reichstari. — Reichstari für die Buchbinderei-Buchbinder  
Du und der Anorganisierte.  
Zur Frage der Arbeitslosenunterstützung und der Beitragserhöhung.  
Zur Beitrags- und Arbeitslosenunterstützungsfrage.  
Beitragserhöhung?  
Zur Unterstützung der Ausgesteuerten.  
Zur Erweiterung der Arbeitslosen-Unterstützung.  
Das Räffel der Spareinlagen.  
Berichte: Ascherleben. — Bielefeld. — Breslau. — Chemnitz. — Dresden. — Hamburg-Altona. — Hamburg-Altona. — Hirschberg. — Lah. — Limbad.  
Bekanntmachung des Verbandsvorstandes: Berichtskarten zur Arbeitslosenstatistik. — Abrechnungen. — Adressenänderungen.  
Sterbetafel.

Markt. = Düren 100,— M., Neuwied —,— M., = Darmstadt 850,— M., Frankfurt a. M./Offenbach 5133,— M., Fulda 35,75 M., Heidelberg 305,35 M., Stadel 396,40 M., Saarbrücken 330,47 M., Wiesbaden 604,— M., = Nordhausen 175,— M., Sonneberg 60,— M., Zeitz —,—, = Gau Sachsen 94,40 M., Burgstädt 282,25 M., Chemnitz 225,— M., Glauchau 200,— M., Seiffenhersdorf —,— M., Zwickau 500,— M., = Göppingen 395,— M., Pforzheim 225,— M., Reutlingen 700,— M., = Regensburg 177,22 M., = Augsburg 200,— M., Kaufbeuren 200,— M., München 5348,05 M.

### Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.  
Ascherleben. B.: Fr. Lindig. K.: A. v. d. Heyde. Alle Zuschriften an Lindig, Herrenbreite 15. Auszahlung: 5—7 Uhr.  
Freiburg i. S. B.: W. Lenthard, Rönchstr. 25. K.: P. Streubel, Pfarrgasse 33. Auszahlung: 5½—7½ Uhr, Sonntags 10—12 Uhr.  
Koblenz. B. u. K.: H. Breibbach, Koblenz-Lügel, Ringmauer 13. Auszahlung: 6—8 Uhr, Sonntags 9—12 Uhr.  
Cannengalja. B.: S. Kessel, Am Anger 5. K.: E. Schied, Kefje 6. Auszahlung: 6—7 Uhr, Sonntags 12—1 Uhr.

### Der Verbandsvorstand.

## Sterbetafel.

Im Monat Januar sind uns folgende Mitglieder als verstorben gemeldet worden:

**Berlin:** Karl Morlok, Buchbindereihilfsarbeiter, 36 Jahre, Tuberkulose.  
— Martin Steen, Buchbinder, 77 Jahre, Herzschlag.  
— Bruno Krause, Buchbinder, 38 Jahre, Operation.  
— Berta Krüger, Buchbindereiarbeiterin, 53 Jahre, Nierenleiden.  
— Paul Thiemes, Buchbinder, 54 Jahre, Grippe.  
— Marie Bandner, Buchbindereiarbeiterin, 63 Jahre, Tuberkulose.  
— Berta Günther, Buchbindereiarbeiterin, 43 Jahre, Lungenentzündung.  
— Richard Rogge, Buchbinder, 51 Jahre, Lungenentzündung.  
— Paul Schneider, Buchbindereierwerkmester, 73 Jahre, Herzschlag.  
**Breslau:** Ida Zimmerling, Papierwarenarbeiterin, 54 Jahre, Lungenleiden.  
**Dresden:** Gertrud Zillger, Kartonnagenarbeiterin, 25 Jahre, Bauchfellentzündung.  
— Berta Richter, Papierwarenarbeiterin, 55 Jahre, Herzschlag.

**Halberstadt:** Anna Hartge, Papierwarenarbeiterin, 27 Jahre, Lungentleiden.  
**Hamburg:** Anni Weise, Buchbindereiarbeiterin, 19 Jahre.  
**Hannover:** Johanne v. Wiffel, Buchbindereiarbeiterin, 37 Jahre, Tuberkulose.  
— Anna Söhting, Kartonnagenarbeiterin, 22 Jahre, Herzschlag.  
**Leipzig:** Karl Arnold, Buchbinder, 65 Jahre, Nierenleiden.  
— Karl Seybold, Buchbinder, 47 Jahre, Tuberkulose.  
— Hugo Jeyfche, Buchbinder, 62 Jahre, Tuberkulose.  
— Emma Erdmann, Buchbindereiarbeiterin, 65 Jahre, Tuberkulose.  
**Limbad:** Hans Blocher, Buchbinder, 35 Jahre, Kehlkopf-Tuberkulose.  
**Stuttgart:** Berta Schupp, Buchbindereiarbeiterin, 60 Jahre.  
— Johannes Frey, 60 Jahre, Schlaganfall.  
**Wurzen:** Otto Gerftmann, Kartonnagenzuschneider, 36 Jahre, Herzschlag.

Allen ein ehrendes Andenken!